# Zwischen den Zeiten
## Einstellungen zu Politik und Gesellschaft in NRW

Eine Studie von Kantar Public im Auftrag der
Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro NRW

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
Landesbüro NRW

**Die Friedrich-Ebert-Stiftung**

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

**Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:**

– politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft;
– Politikberatung;
– internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern;
– Begabtenförderung;
– das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

Das Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung bietet landesweit Veranstaltungen zur politischen Bildung an: von öffentlichen Diskussionsformaten, Fachtagungen, Dialogforen, Workshops bis hin zu Seminaren und Kompetenztrainings.

**Eine Studie von Kantar Public**

**Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich:**

**Petra Wilke**
Leiterin des Landesbüros Nordrhein-Westfalen der Friedrich-Ebert-Stiftung

# Inhalt




| | | |
|---|---|---|
| | **Vorwort der Friedrich-Ebert-Stiftung** | **4** |
| **1.** | **Einleitung und Methodik** | **6** |
| **2.** | **Aktuelle Stimmung und Identität in Nordrhein-Westfalen** | **8** |
| **3.** | **Zwischen den Zeiten** | **14** |
| 3.1. | Die Folgen der Covid-19-Pandemie | 14 |
| 3.2. | Die Idee eines politischen Neustarts | 20 |
| **4.** | **Erwartungen an die Zukunft** | **24** |
| 4.1. | Persönliche Zukunft | 24 |
| 4.2. | Gesellschaftliche Zukunft | 28 |
| **5.** | **Schwerpunktthemen in NRW** | **38** |
| 5.1. | Bildung | 38 |
| 5.2. | Wirtschaft und Arbeit | 44 |
| 5.3. | Gesundheit und Pflege | 51 |
| 5.4. | Wohnen | 56 |
| 5.5. | Umwelt und Klima | 61 |
| | **Anhang** | **64** |
| | **Impressum** | **66** |

# Vorwort der Friedrich-Ebert-Stiftung

## Zwischen den Zeiten – Einstellungen zu Politik und Gesellschaft in NRW

Ziel dieser Studie ist es, ein genaueres Verständnis zu gewinnen, wie Menschen in NRW Zusammenhalt und Gerechtigkeit auf relevanten Feldern der Landespolitik erleben, wie sie ihre persönliche und die gesellschaftliche Zukunft sehen und welche Themen und Politikideen sie bewegen.

Die Menschen in NRW sind überwiegend oder sogar sehr zufrieden mit ihrem Leben! Sie leben sehr gern in NRW und charakterisieren ihr Bundesland insgesamt als bunt, herzlich und treu, aber auch als wandelbar! Besonders hervorgehoben wird die große kulturelle Vielfalt ebenso wie die Gegensätze zwischen den Ballungsgebieten und der Natur! Die von außen herangetragene Kritik an NRW wird als ungerechtfertigt bezeichnet.

Doch es gibt auch Schattenseiten: Im Zusammenhang mit den Themen Mobilität, Bildung, Wohnen und Digitalisierung existiert ein oft geäußerter Unmut! Diese, in den Augen der Bürger_innen, wichtigen Themen werden wir als Landesbüro NRW der FES in Zukunft in unserer politischen Bildungsarbeit verstärkt und noch gezielter aufgreifen! Der Handlungsbedarf in den genannten Politikfeldern bietet einen guten Anknüpfungspunkt, um mit regionalisierten Angeboten die Bürger_innen zum Dialog, zum Mitmachen und Erarbeiten von Lösungsvorschlägen einzuladen.

„Zwischen den Zeiten“, im zweiten Jahr der Coronapandemie und angesichts des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, ist ein Großteil der Befragten der Ansicht, dass die Krise vor allem sozial Schwache trifft. Gleichzeitig kristallisieren sich in unserer vorliegenden repräsentativen Studie deutliche Zweifel heraus, ob die Krise zu mehr Solidarität und Zusammenhalt geführt hat. Die zu Beginn der Coronapandemie wahrgenommene Zuversicht der Bürger_innen in NRW für einen Zugewinn an Gemeinschaftsgefühl und Solidarität ist damit im Verlauf einer gewissen Frustration, Krisenmüdigkeit und mitunter Politikverdrossenheit gewichen. Es ist anzunehmen, dass sich dieses Gefühl der Ohnmacht angesichts des Ukraine-Kriegs deutlich verschärft hat. Die aktuellen politischen Entwicklungen infolge des Ukraine-Kriegs und die Preissteigerungen bei Lebensmitteln, Energiekosten etc. lassen gegenwärtig die Bürger_innen eher sorgenvoller in die Zukunft blicken.

Zum Zeitpunkt der Befragung sehen die Bürger_innen ihre persönliche Zukunft überwiegend optimistisch, wenig Zuversicht gibt es dagegen bei der Bewältigung der gesellschaftlichen Herausforderungen: Der Klimawandel, die Kriminalität, die Bildung (insbesondere Kitas), die Wohnkosten, die Bezahlbarkeit der Pflege und die steigenden Energiekosten bereiten große Zukunftssorgen.

## »Mit einem politischen Neustart verbinden viele der Befragten den Wunsch nach mehr Transparenz und Vertrauen in der Politik.«

Mit Blick auf das Thema Wirtschaft stehen sich Erwartungen eines wirtschaftlichen Aufschwungs nach der Krise und Sorgen vor Insolvenzen und einer langanhaltenden Schwächung der Wirtschaft in etwa gleichem Maße gegenüber. Die wichtigsten Forderungen zum Schwerpunktthema Wirtschaft und Arbeit sind die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, der ökologische Umbau der Industrie sowie höhere Löhne, die vor allem von jungen Menschen gefordert werden. Insgesamt wird die mangelnde Wertschätzung sozialer Beschäftigungen negativ und auf der anderen Seite der als stark geltende Arbeitsmarkt in NRW positiv bewertet.

Für uns als Landesbüro NRW der FES sind die Ergebnisse in den inhaltlichen politischen Themenfeldern höchst interessant und aufschlussreich, da sie uns wertvolle Hinweise auf einen notwendig zu führenden breiten öffentlichen gesellschaftspolitischen Diskurs zum sozialen Fortschritt in NRW liefern.

Insgesamt gibt es im Befragungszeitraum viel Kritik gegenüber der Krisenkommunikation der Politik. Insbesondere junge Leute wollen einen politischen Neustart. Mit einem politischen Neustart verbinden viele der Befragten den Wunsch nach mehr Transparenz und Vertrauen in der Politik. Eng damit verknüpft ist darüber hinaus die Tatsache, dass sich viele von der Politik nicht repräsentiert fühlen.

Dies ist eine alarmierende Erkenntnis der Studie und Auftrag für unsere politische Bildungsarbeit beizutragen, Distanz und Skepsis gegenüber Politik abzubauen! Wir werden in Zukunft unsere Angebote, im direkten Gespräch die Menschen (in den Quartieren und Stadtteilen) über politische Prozesse zu informieren und sie zum Dialog auf Augenhöhe mit politischen Vertreter_innen einzuladen, verstärken.

In diesem Sinne wünsche ich dieser Studie viele interessierte Leser_innen! „Demokratie braucht Demokraten“ – diese Erkenntnis unseres Namensgebers Friedrich Ebert, dem ersten demokratisch gewählten deutschen Reichspräsidenten, ist für uns Auftrag und Verpflichtung zugleich. Mit unserer politischen Bildungsarbeit möchten wir einen Beitrag leisten, die Demokratie in NRW zu stärken und die politische Teilhabe zu fördern.

**Petra Wilke**
Leiterin des Landesbüros NRW
der Friedrich-Ebert-Stiftung

# 1. Einleitung und Methodik

**Zahlreiche Krisen zu Beginn des 21. Jahrhunderts setzen freie Gesellschaften und die politische Arbeit in Demokratien zunehmend unter Druck: Die globale Klimakrise, die Coronapandemie, Migrationsdruck, Finanzcrashs und ökonomische Krisen wie auch die zunehmende Polarisierung westlicher Demokratien sind hier nur als einige Beispiele zu nennen.**

Daraus wird häufig die Forderung abgeleitet, dass unsere Gesellschaft zukünftig resilienter werden muss. Kernindikator für eine resiliente Gesellschaft ist dabei der soziale Zusammenhalt. Eine zentrale Frage ist deshalb, wie die enormen transformatorischen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen gemeistert werden können, vor die uns die zahlreichen Krisen stellen, ohne dabei den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu verlieren? Diskussionen über die künftige Ausrichtung von Gesellschaft und Politik bedürfen des Austauschs zwischen Politik, Wissenschaft und Bevölkerung.

**Ziel dieses Forschungsvorhabens im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) ist es daher, Perspektiven der Bürger_innen in der Coronakrise und Klimakrise für anstehende Gesellschaftsdebatten sichtbar zu machen.**

Der besondere Fokus liegt dabei auf Nordrhein-Westfalen (NRW), das mit seinen 18 Millionen Einwohner_innen wie ein verkleinertes Abbild der Bundesrepublik die Herausforderungen aufzeigt, die gemeistert werden müssen, damit gesellschaftlicher Zusammenhalt auch zukünftig gelingen kann. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie Menschen in NRW Zusammenhalt und Gerechtigkeit auf relevanten Feldern der Landespolitik erleben, wie sie ihre persönliche, aber auch die gesellschaftliche Zukunft sehen, welche Themen und Politikideen sie bewegen. Die Studie soll aufzeigen, in welchen Bereichen sich Einstellungen in NRW überschneiden und wo es regionalspezifische oder soziodemografische Unterschiede gibt.

**»Kernindikator für eine resiliente Gesellschaft ist dabei der soziale Zusammenhalt.«**

Grundlage dieser repräsentativen Studie ist eine Bevölkerungsbefragung unter 2.027 Personen der wahlberechtigten Bevölkerung in NRW ab 18 Jahren. Die Befragung wurde vom 15.–26.11.2021 durchgeführt. Die Daten wurden als Mixed-Mode erhoben, einer Kombination aus telefonischer Befragung (CATI) und Online-Befragung (CAWI). 1.210 Personen wurden telefonisch befragt (Zufallsstichprobe für Festnetz nach den Regeln des Arbeitskreises deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e.V.), 817 mithilfe eines offline rekrutierten Online-Panels (Quotenstichprobe nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bildung und Regierungsbezirk). Die durchschnittliche Befragungsdauer lag bei 25 Minuten. Die Daten wurden sowohl design- als auch faktoriell gewichtet nach der amtlichen Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen.

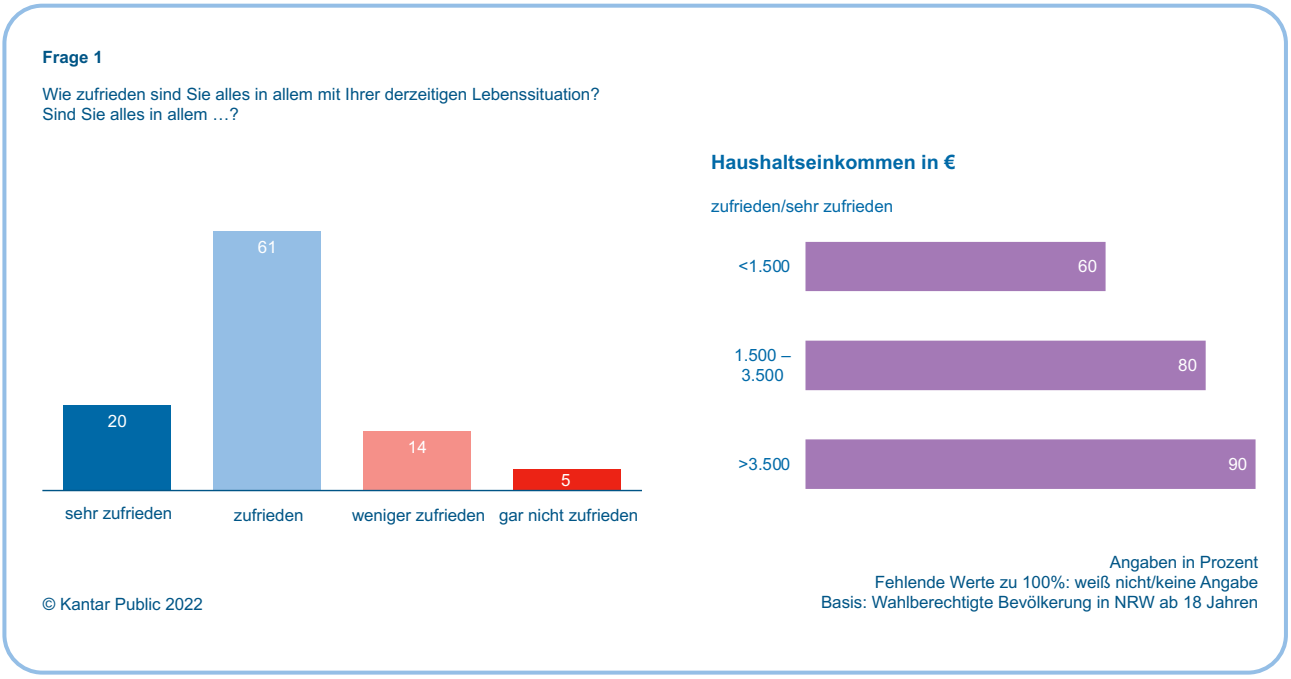
In einer separaten Studie wurde anschließend vom 14.–16.2.2022 eine Online-Community durchgeführt. Im Rahmen dieser qualitativen Ergänzungsstudie wurden ausgewählte Ergebnisse der Repräsentativerhebung vom Herbst 2021 vertieft und weiter analysiert. Insgesamt 30 Personen bearbeiteten und diskutierten im genannten Zeitraum verschiedene Aufgaben rund um die politische Lage in NRW auf einer extra hierfür eingerichteten Online-Plattform. An jedem der drei Tage sollten die Teilnehmenden verschiedene Aufgaben im zeitlichen Gesamtumfang von jeweils ca. 45 Minuten bearbeiten. Der Bearbeitungszeitpunkt war ihnen innerhalb des entsprechenden Tages selbst überlassen. Drei Sozialforscher_innen von Kantar moderierten die Community – zwei von ihnen sind zugleich Autor_innen dieses Textes.

Die Zielgruppe der Community umfasste wahlberechtigte Personen in NRW. Die Quotierung der Gruppe erfolgte nach Alter, Geschlecht, formaler Bildung, Tätigkeit, regionalem Faktor sowie Migrationsgeschichte. Alle 30 Eingeladenen haben sich auf der Plattform registriert, 29 von ihnen haben alle Aufgaben bis zum Ende erfolgreich bearbeitet. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu beachten, dass es sich bei einer Online-Community um eine qualitative Forschungsmethode handelt, die für sich nicht den Anspruch auf Repräsentativität erhebt.

# 2. Aktuelle Stimmung und Identität in Nordrhein-Westfalen

Die große Mehrheit der Bürger_innen in NRW zeigt sich insgesamt zufrieden oder sogar sehr zufrieden mit ihrem Leben (81 Prozent). Etwa ein Fünftel äußert sich weniger oder gar nicht zufrieden (19 Prozent). Die subjektive Einschätzung der Lebenszufriedenheit hängt dabei maßgeblich von der eigenen wirtschaftlichen Situation ab (vgl. Abbildung 1). Während nur drei Fünftel der Menschen mit einem niedrigen Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.500 Euro monatlich zufrieden sind (60 Prozent), zeigen sich neun von zehn Personen der höchsten Einkommenskategorie mit über 3.500 Euro monatlich zufrieden (91 Prozent). In geringerem Maße steigt die Lebenszufriedenheit auch mit dem Alter an. Unter den 18- bis 34-Jährigen sind insgesamt 77 Prozent zufrieden, in der ältesten Altersgruppe ab 65 Jahren sind es 84 Prozent.

**ABB 1**
**Allgemeine Lebenszufriedenheit in NRW**




Insgesamt **leben die Menschen sehr gern in Nordrhein-Westfalen**, auch wenn manches verbessert werden kann (92 Prozent). Über alle soziodemografischen Teilgruppen hinweg zeigt sich dieser Befund äußerst stabil und korreliert lediglich mit der allgemeinen Lebenszufriedenheit in positiver Richtung. Diese grundsätzliche Zufriedenheit spiegelt sich auch in der Online-Community wider, NRW wird zumeist als bunt und herzlich wahrgenommen – unterschiedliche Menschen und Kulturen prägen das Bundesland aus Sicht der Teilnehmenden genauso wie der Gegensatz zwischen Ballungsgebieten und Natur.

»Wir haben die Möglichkeit in NRW, viel Natur genießen zu dürfen, wir können Seen, Flüsse besuchen oder die Berge und dort Ski fahren, aber auch viele tolle Restaurant, Bars, Museen und Veranstaltungen. Jede Stadt ist einzigartig und bringt was anderes mit. Wir haben viele große Unternehmen, die uns abwechslungsreiche Arbeit bieten. Es fehlt uns hier an nichts.«

♂ 35 Jahre

»Erhaltung der geschichtsträchtigen Orte in vielen Städten, die Offenheit, Kontaktfreudigkeit und Bodenständigkeit der Menschen des Ruhrgebietes. Viele Fußballvereine sind hier ansässig, Sport ist den Menschen wichtig, und es gibt viele Angebote, für jeden etwas. Grönemeyer, die Currywurst und der Kohlenpottdialekt gehören unverkennbar dazu.

Die Laubenpieper sind noch ein Zeichen vergangener Zeiten mit viel Zusammenhalt und Zusammenkünften, was heute von jungen Familien wieder geschätzt wird und erhaltenswert ist. Die Menschen sind bodenständig, arbeitsam und herzlich. Trotz der Geballtheit an Menschen, Städten gibt es viele Naherholungsgebiete, Sehenswürdigkeiten, und die Menschen ertragen die vielen Staus mit Humor.«

♀ 65 Jahre

**»Die große Mehrheit der Bürger_innen in NRW zeigt sich insgesamt zufrieden oder sogar sehr zufrieden mit ihrem Leben (81 Prozent).«**

In der Online-Community durften die Teilnehmenden Collagen zu NRW erstellen. Fast alle Teilnehmenden greifen dabei auf Bilder zurück, die die Vielfalt und gleichzeitig den Zusammenhalt der Menschen darstellen. In gleichem Maße spielt im bevölkerungsreichsten Land aber auch die Natur eine Rolle. Viele Gegensätze prägen das Bundesland.

**ABB 2**
**Collagen zur NRW-Identität**

Zudem sollten die Teilnehmenden ein zu NRW passendes Tier auswählen und ihre Wahl begründen. Die Auswahl reflektiert dabei die Inhalte der Collagen. Am häufigsten wurden Hund, Chamäleon und Pfau ausgewählt. Sie symbolisieren aus Sicht der Teilnehmenden am besten ihr Bundesland, da es jeweils die Attribute freundlich, sozial, treu, wandelbar und bunt in sich vereint.

**ABB 3**
**Tiervergleich NRW**

**Hund**
**Sozial/freundlich/treu/loyal**

**»NRW ist ehrlich und treu. Zuverlässig und hat auch so seine Eigenarten! Es ist verlässlich und hilfsbereit. Bei Bedrohungen oder „Gefahrensituationen" kann er auch seine Zähne zeigen und im Notfall zubeißen!«**

♂ 25 Jahre

**Chamäleon**
**Im Wandel/von Ort zu Ort unterschiedlich**

**»[NRW] erlebt einen Wandel – von der Industrie hin zu Kultur und Touristik. Alte Industriewerke, Zechen, Halden wurden richtig schön saniert und große Parks sind entstanden. Es gibt hier viele tolle Ausflugsmöglichkeiten. Die Menschen in NRW haben sich dem gut angepasst.«**

♂ 32 Jahre

**Pfau**
**Bunt/schillernd**

**»Bunt, schillernd, für jede Art gibt es Möglichkeiten!«**

♀ 52 Jahre

Trotz dieser hohen Identifikation mit NRW glauben nur zwei Drittel, dass die **Menschen im Bundesland zusammenhalten** (68 Prozent). Vergleichsweise gering ist die Zustimmung unter Arbeiter_innen (57 Prozent) im Verhältnis zu Angestellten (67 Prozent) und inbesondere zu Beamt_innen (81 Prozent). Dieser Unterschied kann nur zum Teil durch das unterschiedliche Einkommensniveau der Berufszweige erklärt werden (niedriges Haushaltseinkommen: 62 Prozent vs. hohes Haushaltseinkommen: 71 Prozent). Auch stimmen die Menschen im Ruhrgebiet tendenziell weniger häufig zu (63 Prozent) als die Befragten im restlichen NRW (70 Prozent).

Nur drei von zehn Wahlberechtigten finden, das **Image von NRW** sei zurecht schlecht (29 Prozent). Jüngere bis 34 Jahre sind dabei tendenziell kritischer (34 Prozent) als Ältere ab 65 Jahren (26 Prozent). Ähnliches gilt für Menschen mit geringer formaler Bildung (32 Prozent vs. 24 Prozent hohe Bildung) – diese Differenzen sind dabei nur teilweise durch das Einkommen erklärbar.

Auch in der Online-Community zeigt sich ein ähnliches Stimmungsbild, vielfach finden die Teilnehmenden die Kritik von außen nicht gerechtfertigt bzw. beschreiben sie als Verweis auf Probleme, die gleichsam auch in anderen Bundesländern existieren.

**»Ich kenne solche Sichtweisen. Ich finde die Kritik nicht gerechtfertigt. Das Ding hat wie immer zwei Seiten. Es gibt mehr als schwarz oder weiß. Natürlich ist nicht alles schön, wo gibt es das schon. Das schlechte Image von NRW ist mir zu pauschalisiert.«**

♂ **57 Jahre**

**»Viele denken, wir leben hier immer noch ‚unter Tage' und können unsere Wäsche nicht draußen aufhängen, weil sie sofort wieder schmutzig ist. Also ich finde es unrechtmäßig. Klar haben wir hier auch wirklich richtige Schmuddelecken und Stadtteile, die wirklich ziemlich übel sind. Die findet man aber auch in anderen Bundesländern.«**

♂ **32 Jahre**

Die qualitative Detailbetrachtung zeigt dabei, dass es insbesondere die aktuelle Situation in vier Bereichen ist, mit der die Menschen in NRW besonders häufig unzufrieden sind. Hierzu gehören die Verkehrsinfrastruktur und Mobilität, Schule und Bildung, Wohnen und Mieten sowie die Digitalisierung als Querschnittsthema. Darüber hinaus sind aber auch die Themen Wirtschaft und Arbeit sowie Umwelt und Klima von großer Bedeutung.

**»In NRW gibt es viele Baustellen, und damit meine ich nicht nur die Dauerbaustellen auf den Autobahnen. Bezahlbares Wohnen ist und wird ein immer größeres Thema sein, dass man auch auf kommunaler Ebene begegnen muss. Dazu gehört auch die Steigerung des Lebensstandards, die Begrünung der Stadt, Ausbau von Radwegen hin zu einem klimafreundlichen NRW. Auch beim Thema Digitalisierung in den Schulen läuft es kaum; teilweise werden immer noch alte OHPs und noch ältere Computer benutzt.«**

♂ 25 Jahre

**»Jüngere sind was das Image von NRW angeht tendenziell kritischer (34 Prozent) als Ältere ab 65 Jahren (26 Prozent).«**

# 3. Zwischen den Zeiten

## 3.1. Die Folgen der Covid-19-Pandemie

Die Bewertung der **Covid-19-Pandemie** und ihrer **Folgen** fällt im November 2021 sehr unterschiedlich aus. Die Auswirkungen auf die **Gesellschaft** werden allgemein als negativ betrachtet. So stimmen drei Viertel der Befragten (75 Prozent) der Aussage zu, dass Corona vor allem die sozial Benachteiligten unserer Gesellschaft trifft. Nur knapp ein Drittel ist der Meinung, in der Krise sei die Gesellschaft enger zusammengerückt (31 Prozent). Auch wenn diese Aussagen nur als Zwischenbilanz interpretiert werden können, zeigen sie doch eine kritische Sicht auf die „soziale Selektivität" der Betroffenheit durch die Coronakrise sowie die Frage, ob gerade durch die Krise ein „solidarischer Impuls" generiert wurde.

Auch in der Vertiefung der Ergebnisse in der Online-Community wird primär auf die zunehmende Spaltung der Gesellschaft im Zuge der Covid-Pandemie verwiesen und dabei insbesondere auf eine Zunahme von Egoismus, Angst und Misstrauen, Unzufriedenheit und gesellschaftlicher Aggressionsbereitschaft rekurriert. Aus Sicht der Teilnehmenden wurde die Gesellschaft durch die Pandemie eher geschwächt – nur wenige sehen hier auch Chancen für den Zusammenhalt.

**»Die Distanz zu anderen Leuten. Es ist alles sehr unpersönlich geworden, und es kommt mir aktuell vor, als wenn jeder nur noch an sich denkt.«**

♂ 35 Jahre

**»Ich unterhalte mich viel mit meiner Familie und meinem sozialen Umfeld über die Lebensqualität und was die Pandemie mit einem macht. Nahezu jede_r ist zunehmend unzufriedener und spürt die Isolation mehr oder weniger deutlich.«**

♀ 30 Jahre

**»Jeder nimmt das subjektiv für sich anders wahr. In meiner Familie sind wir da einig. Im Bekannten- und Freundeskreis sind die Reaktionen konträr, bis zur Spaltung.«**

♂ 66 Jahre

Als zentrale Ursachen für diese Spaltung artikulieren die Teilnehmenden der Community zumeist eine fehlerhafte Krisenkommunikation und nicht nachvollziehbare Entscheidungen der Politik.

**»Im zweiten Jahr ist es eher zur Spaltung der Gesellschaft gekommen, und da hat die Politik viel Porzellan zerschlagen. Viele Wortbrüche, Widersprüche. Jetzt muss man sich überall legitimieren, dass man gesund ist. Ich mag so etwas nicht in einer freien Gesellschaft.«**

♂ 65 Jahre

**»Unsere Politik ist dem Alarmismus und der übermäßigen Kontrolle verfallen. Das kann ich nicht begrüßen! Die letzten Jahre wurde sehr viel falsch gemacht, sehr viel Vertrauen wurde mit drakonischen Maßnahmen verspielt. Die Gesellschaft ist mittlerweile gespalten in Alarmisten und Gegner der Maßnahmen, vernünftige Positionen dazwischen scheint es kaum noch zu geben.«**

♂ 25 Jahre

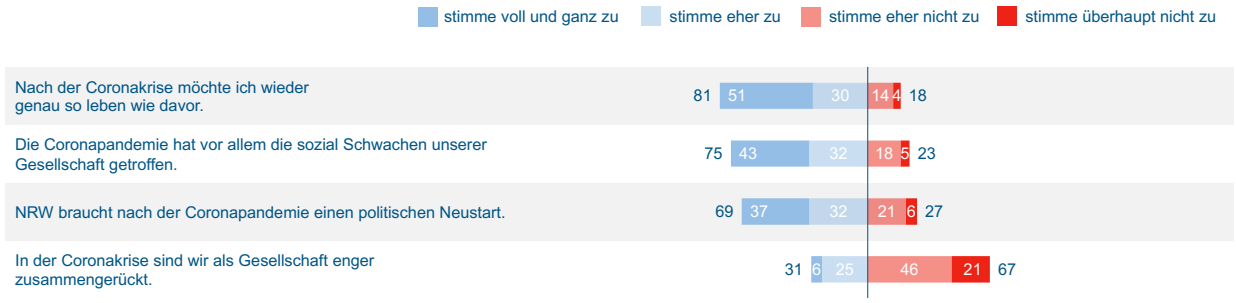
**»Die Auswirkungen auf die Gesellschaft werden allgemein als negativ betrachtet.«**

In Bezug auf die **eigenen Lebensvorstellungen** ist sich die überwiegende Mehrheit der Befragten einig, dass sie nach der Coronakrise möglichst wieder so leben möchten wie davor (81 Prozent). Gleichzeitig fordern mehr als zwei Drittel einen politischen Neustart in NRW nach der Pandemie (69 Prozent).

**ABB 4**
**Einstellungen zu Corona**

**Frage 5**

Blicken wir noch einmal zurück auf die Coronapandemie. Bitte geben Sie jeweils an, ob Sie den folgenden Aussage voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen?




© Kantar Public 2022

Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht/keine Angabe
Basis: Wahlberechtigte Bevölkerung in NRW ab 18 Jahren

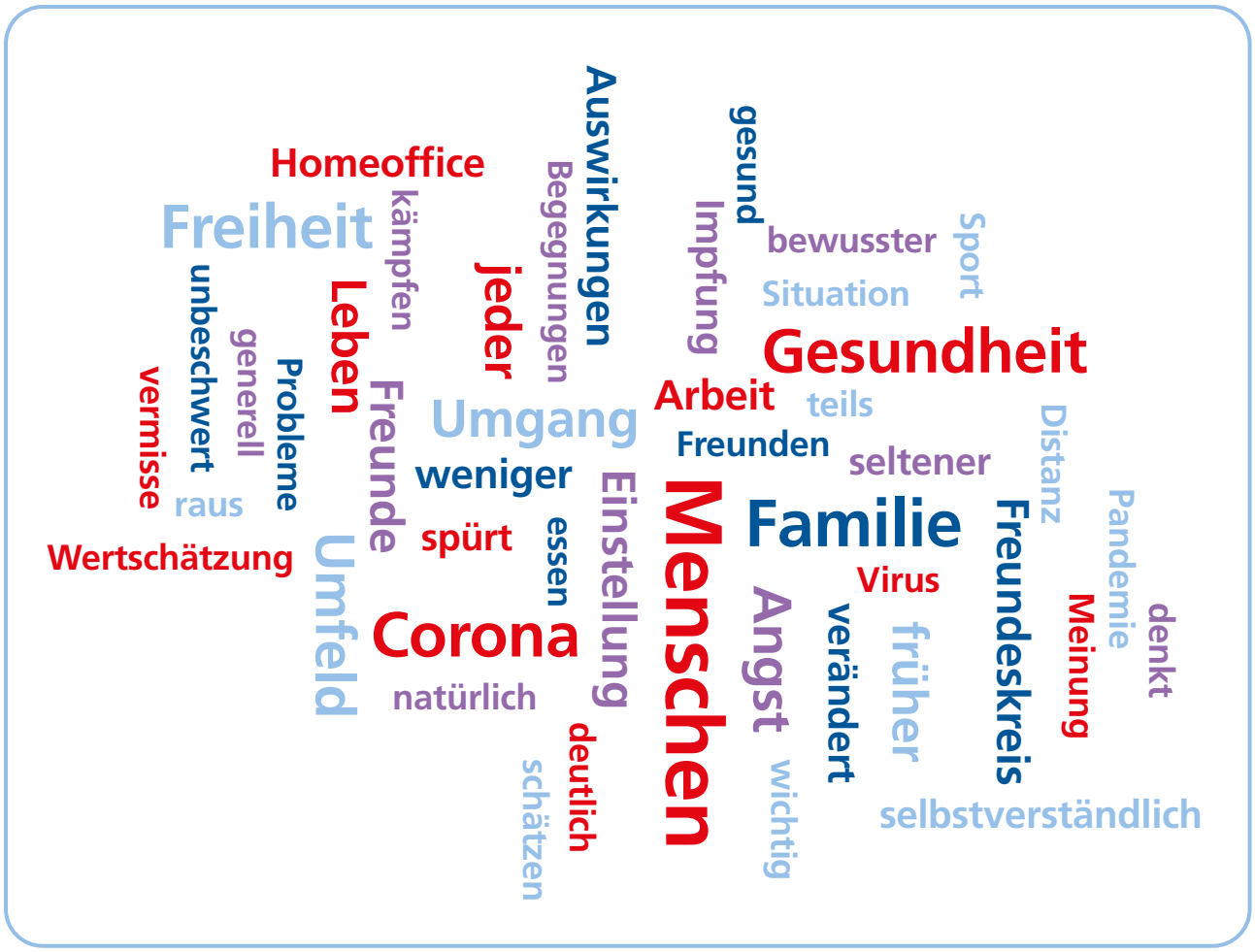
Die Detailanalyse der Teilgruppen zeigt, dass insbesondere die jüngste Alterskohorte von 18–34 Jahren noch am ehesten für Veränderungen bereit ist. Zwar wollen auch hier drei Viertel (75 Prozent) nach der Krise wieder so leben wie zuvor, dennoch ist dies die geringste Zustimmung im Vergleich der Altersgruppen. Hinzu kommt, dass diese Kohorte mit 79 Prozent am ehesten einen politischen Neustart verlangt (zum Vergleich: 62 Prozent bei über 65-Jährigen).

Auch bei der Frage nach gesellschaftlichem Zusammenhalt sind die Jüngsten am kritischsten: Nur rund ein Viertel findet, die Krise habe zu einem größeren Zusammenhalt geführt (24 Prozent), unter den Ältesten stimmen hier 38 Prozent zu. Dieser Befund ist besonders interessant vor dem Hintergrund der Priorisierungen im Rahmen von Gesundheitsdienstleistungen (Schutzmaßnahmen, Impfungen) und erfahrener Rücksicht und Unterstützung im Familien- und Freundeskreis.

Auf der anderen Seite waren in den ersten drei Wellen der Coronapandemie zahlreiche Schulen und Universitäten geschlossen und Freizeitangebote für junge Menschen sehr stark eingeschränkt. Darüber hinaus ist der Wunsch nach Veränderung insbesondere unter den Arbeiter_innen stark ausgeprägt – mehr als drei Viertel von ihnen befürworten einen politischen Neuanfang (78 Prozent vs. Angestellte 71 Prozent, Beamt_innen 64 Prozent, Sonstige 61 Prozent).

Auch in der Online-Community werden die Veränderungen durch Corona vielfach im Privatleben und im zwischenmenschlichen Miteinander wahrgenommen. Die Abbildung 5 zeigt entsprechend, welche Begriffe am häufigsten in diesem Kontext verwendet wurden:

**ABB 5**
**Wichtige Begriffe im Kontext der Coronapandemie**



# 18

Der quantitativ große Wunsch, nach der Pandemie wieder so zu leben wie davor, lässt sich mit den vielen negativen persönlichen Erfahrungen in der Pandemie erklären. Hierzu gehören für die Teilnehmenden insbesondere die psychische Verfassung der Menschen und die wirtschaftliche Situation.

**»Bei uns sind vor allem viele Kontakte weggebrochen, wir fühlten uns sehr isoliert, selbst die Familie hat sich nicht mehr gesehen und sich zurückgezogen. Wir haben sehr darunter gelitten, die Enkelkinder nicht mehr zu sehen. Ostern nur zu zweit, alle hatten Angst, diese Erkrankung zu bekommen. Isoliert, beklemmend und machte einsam.«**

♀ 65 Jahre

**»In der Familie gab es viele Stresssituationen, da man zusammen auf einem Haufen gehockt hat.«**

♀ 18 Jahre

**»Im März befinde ich mich nunmehr seit zwei Jahren in Kurzarbeit. Einschneidender geht es wohl kaum! Weniger Geld im Portemonnaie, aber höhere Steuern zahlen müssen! Absoluter Wahnsinn!«**

♂ 39 Jahre

**»Privat hat man zwei bis drei Jahre seines Lebens verloren. Die Zeit bekommt man nicht mehr zurück, und jünger wird man auch nicht. Mein Leben wäre um einiges besser verlaufen, hätte ich die Zeit privat genießen können.«**

♂ 25 Jahre

Im Vergleich dazu werden nur vereinzelt positive Veränderungen im persönlichen Leben im Zuge der Coronapandemie beschrieben, wie zum Beispiel die Entschleunigung des Alltags, eine neu entdeckte Verbindung zur Natur oder die Möglichkeit, im Homeoffice zu arbeiten.

**»Positiv ist zu erwähnen, dass von heute auf morgen das Arbeiten im Homeoffice möglich wurde, obwohl es vorher vom Arbeitgeber immer als nicht umsetzbar verkauft wurde. Für mich hat das Homeoffice nur Vorteile gebracht.«**

♂ **56 Jahre**

**»Nur vereinzelt werden positive Veränderungen im persönlichen Leben im Zuge der Coronapandemie beschrieben.«**

## 3.2. Die Idee eines politischen Neustarts

Der quantitativ geforderte politische Neustart in NRW nach der Pandemie wird auch in der Online-Community konsensuell formuliert. Allerdings zeigt sich hier auch Skepsis darüber, ob und wie dieser Neustart gelingen kann. Neben verschiedenen Politikfeldern, in denen der Reformbedarf besonders groß erscheint, verstehen die Teilnehmenden einen politischen Neustart insbesondere im Sinne der Notwendigkeit einer größeren Vertrauenswürdigkeit und Transparenz im politischen Prozess.

**»Wenn ich von einem politischen Neustart spreche, ist dies natürlich ein Wunschgedanke. Ich glaube, dass es dieses Wort nicht einmal gibt. Politik kann man nicht zurück auf Anfang stellen und neu starten wie einen PC, man kann nur verändern. Hier müsste erst einmal das in der Gesellschaft verloren gegangene Vertrauen wieder aufgebaut werden. Wir brauchen Politiker, die nahe an der Gesellschaft (Volk) sind, die das Volk in deren Sinn vertreten und nicht durch Lobbyisten gesteuert werden. Weiterhin finde ich absolute Transparenz sehr wichtig.«**

♀ **52 Jahre**

**»Ein politischer Neustart wäre auch aus meiner Sicht notwendig. Allerdings habe ich wieder die Befürchtung, dass außer darüber zu reden wieder nicht viel passiert. So wie es in der Vergangenheit immer geschehen ist. Auf jeden Fall gäbe es viel aufzuarbeiten. In vielen Bereichen gibt es genug zu sanieren oder zu verbessern. Nehmen wir uns doch zum Beispiel die skandinavischen Länder als Vorbild. Gerade Schweden ist aus meiner Sicht ein Vorreiter im innenpolitischen Bereich sowie im Bereich Work-Life-Balance. Auch unsere Nachbarn die Niederlande sind im Gegensatz zu uns sehr innovativ.«**

♂ **39 Jahre**

Das beruht nicht zuletzt auf dem vielfach empfundenen Gefühl der Teilnehmenden, von der Politik nicht wahrgenommen zu werden. Politik wirkt aus ihrer Sicht häufig weit weg von der eigenen Lebensrealität, und gleichzeitig gibt es ein Gefühl von Stillstand, da notwendige Veränderungen kaum vorankommen.

Darüber hinaus finden viele Teilnehmende die Art und Weise, wie Politiker_innen kommunizieren und wie Politik vermittelt wird, befremdlich und nicht ausreichend inkludierend. Interessant ist, dass diese Vorwürfe nicht nur von Personen hervorgebracht werden, die sich wenig für Politik interessieren, sondern auch von engagierten Menschen. Gleichzeitig gibt es aber auch differenzierte Meinungen zur Rolle von Politiker_innen.

**»Nein, ich fühle mich nicht gesehen. Wir gehen ständig streiken, sagen der Politik offen, was wir wollen und wo es Probleme gibt. Jedoch macht sie sich ständig irgendwelche eigenen Probleme und schiebt unsere immer mehr nach hinten. Wie gesagt, wir streiken, z. B. Fridays for Future, jedoch sieht man nur langsame Schritte Richtung besserer Klimapolitik. Es wurden allen Schulen Luftfilter versprochen, jedoch kamen die nicht, und wir müssen alle 20 Minuten bei Minusgraden die Fenster für zehn Minuten öffnen.«**

♂ **20 Jahre**

**»Unser Bildungssystem ist nicht auf dem neuesten Stand, Lehrkräftemangel und fehlende Hilfsmittel, um Digitalisierung voranzutreiben. Zu wenig Fokus auf erneuerbare Energien (Förderung!), zu lange an alter Kohleenergie festgehalten. Zu viel Blick auf Wirtschaftsinteressen und zu wenig auf die Bedürfnisse der Bevölkerung. Ein Versprechen der Regierung lautete, die Staus in NRW zu reduzieren. Das hat sich leider noch verschlechtert.«**

♀ **67 Jahre**

**»Ich finde auch, dass viele Politiker nicht die Lebensrealität der Menschen mehr im Blick haben. Die soziale Gerechtigkeit ist nicht mehr gegeben. Ich fühle mich oft nicht abgeholt, ernst genommen und gut vertreten. Dabei möchte ich die Politiker etwas in Schutz nehmen, denn die Vielfalt der Probleme ist sehr groß. Es ist viel versäumt worden in den letzten Jahren, und jetzt werden wir davon überrannt. Dabei erlebe ich Politiker als durchaus fleißig und bemüht, sich um vieles zu kümmern. Doch es reicht nicht. Viele Menschen haben Angst vor der Zukunft, auch wenn es uns noch verhältnismäßig gut geht. Aber die fetten Jahre sind vorbei – vieles wird schwieriger.«**

♀ **67 Jahre**

Als Symbolbilder für einen politischen Neustart wählen die Teilnehmenden vorrangig Bilder aus, die aus ihrem Empfinden für Gemeinsamkeit, Zusammenhalt und Handeln und Aufbruch stehen.[1]

**ABB 6**
**Symbolbilder politischer Neustart**

**»Die Realität spiegelt sich hier wider – mehrere Parteien arbeiten zusammen, versuchen an einem Strang zu ziehen, das Beste zu geben, wobei mal der eine, mal der andere auf der Überholspur ist und die Richtung vorgibt.«**

♀ 65 Jahre

**»Dass Probleme wirklich angepackt und bewältigt werden, dass ein Umdenken stattfindet, dass Handwerk gefördert wird, dass das Schulsystem modernisiert wird – die Politiker nicht nur reden, sondern auch handeln.«**

♂ 32 Jahre

Ein weiterer Bildertest verdeutlicht, dass insbesondere Naturbilder und die mit ihnen verbundenen Narrative dynamisch-unabhängig sowie lebenslustig-sorglos den Blick der Teilnehmenden in die Zeit nach Corona illustrieren.

1 Die beiden dargestellten Bilder wurden aus einer Vorauswahl von insgesamt zwölf Bildern am häufigsten ausgewählt.

Die Botschaft, die die Teilnehmenden im Zuge eines politischen Neustarts an die Politik in NRW richten, spiegelt sowohl die in Kapitel 2 genannten Themen Verkehrsinfrastruktur/ Mobilität, Schule/ Bildung, Wohnen/Mieten, Wirtschaft/Arbeit, Umwelt/Klima und Digitalisierung als Querschnittsthema wider als auch den Wunsch nach politischer Transparenz und Vertrauen.

**ABB 7**
**Collage relevanter Themen für politischen Neustart in NRW**

# 4. Erwartungen an die Zukunft

## 4.1. Persönliche Zukunft

Eine Mehrheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen blickt zuversichtlich in die Zukunft. Aussagen in der Online-Community bestätigen das und rekurrieren vereinzelt sogar auf positive Effekte der Krisenzeit für die weitere persönliche Entwicklung:

**»In zehn Jahren sehe ich mich zufrieden und gesund. Ich arbeite noch immer, meine Kinder stehen im Berufsleben, und ich versuche nach wie vor, das Beste aus meinem Leben zu holen. Ich glaube, dass die Pandemie groß nichts an meiner Einstellung zum Leben verändert hat.«**

♀ 51 Jahre

**»Hoffentlich gesund im eigenen Heim mit sozialen Kontakten, Auskommen mit der Rente, sich mal was erlauben können, in Frieden leben.«**

♀ 65 Jahre

**»Ich sehe meiner Zukunft positiv entgegen. Eine gute Sache hatte die Pandemie für mich, ich kenne mich in Sachen Digitalisierung besser aus und gehe jetzt mit neuen Veränderungen agil mit.«**

♀ 31 Jahre

**»[…] ohne Pandemie hätte ich vermutlich nicht den IT-Bereich kennengelernt. Hoffentlich sehe ich mich in zehn Jahren in einem guten Beruf mit einer tollen Familie.«**

♂ 20 Jahre

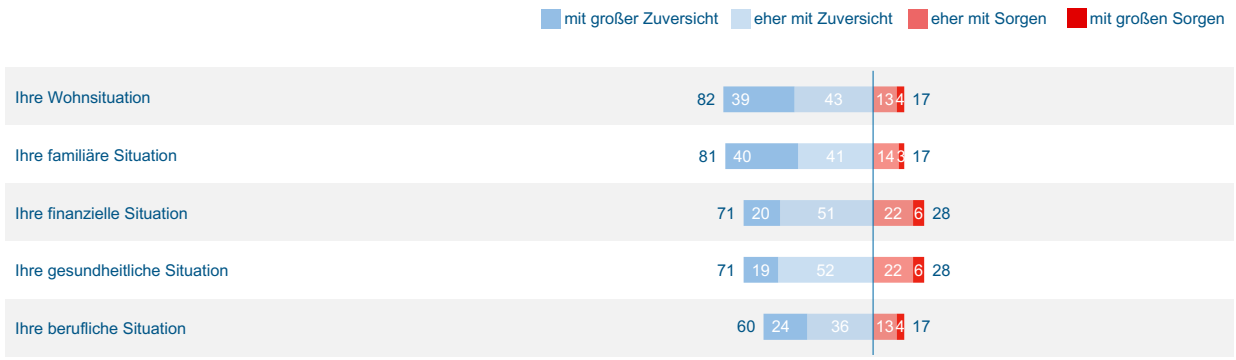
Dennoch zeigen sich interessante Unterschiede in Bezug auf verschiedene Lebensbereiche sowie zwischen verschiedenen Personengruppen: Am zuversichtlichsten sind die Menschen in NRW mit Blick auf ihre eigene **Wohnsituation**. 82 Prozent der Befragten gaben an, hier entweder große Zuversicht (39 Prozent) oder Zuversicht (43 Prozent) zu verspüren. Wenig überraschend ist, dass Eigenheimbesitzer_innen mehrheitlich zuversichtlich in Bezug auf die eigene Wohnsituation sind (91 Prozent), wohingegen sich Mieter_innen etwas weniger häufig (74 Prozent) zuversichtlich äußern.

Darüber hinaus zeigen sich zwischen verschiedenen Altersgruppen Differenzen. Während unter den 18- bis 34-Jährigen mehr als jede_r vierte Befragte (28 Prozent) mit Sorgen oder großen Sorgen auf seine/ihre zukünftige Wohnsituation blickt, ist es unter den über 64-Jährigen nur eine_r von zehn Befragten. Dies lässt sich sicherlich nicht zuletzt darauf zurückführen, dass eine positive Korrelation zwischen Alter und Immobilienbesitz besteht. Trotz der subjektiven Zuversicht, sehen wir in der Online-Community sehr deutlich, dass das Thema Wohnen und Mieten in NRW insgesamt eine hohe Brisanz hat und dringender Handlungsbedarf adressiert wird.

**ABB 8**
**Persönliche Zukunft**

**Frage 3**

Wenn Sie an Ihre persönliche Zukunft denken: Sehen Sie dieser in den folgenden Bereichen mit großer Zuversicht, eher mit Zuversicht, eher mit Sorgen oder mit großen Sorgen entgegen?




Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht/keine Angabe
Basis: Wahlberechtigte Bevölkerung in NRW ab 18 Jahren

© Kantar Public 2022

Ganz überwiegend positiv äußert sich auch eine große Mehrheit der Befragten in Bezug auf ihre zukünftige **familiäre Situation** (81 Prozent). Größere Unterschiede zeigen sich hier zwischen den Einkommensgruppen: So sind Befragte mit einem Haushaltsnettoeinkommen von unter 1.500 Euro unterdurchschnittlich häufig zuversichtlich (62 Prozent), fast ein Drittel der Befragten dieser Einkommensgruppe (31 Prozent) äußerte sich hingegen besorgt oder sehr besorgt. Unter den Befragten mit einem Haushaltseinkommen von mindestens 3.500 Euro blicken dagegen mehr als neun von zehn Befragten (91 Prozent) zuversichtlich in die Zukunft.

Im Hinblick auf die eigene **finanzielle Zukunft** sind 71 Prozent der Befragten zuversichtlich. Wenig überraschend sind diesbezüglich insbesondere das Haushaltsnettoeinkommen sowie die Art der Anstellung einflussreiche Faktoren. Nur vier von zehn Befragten (40 Prozent) der schwächsten Einkommensgruppe sind optimistisch bezüglich ihrer finanziellen Zukunft, ebenso viele (40 Prozent) blicken mit Sorgen in die Zukunft, jede_r Fünfte (19 Prozent) sogar mit großen Sorgen. Demgegenüber äußern sich fast neun von zehn Befragten der einkommensstärksten Gruppe optimistisch.

Einen ausgesprochen positiven Effekt auf die subjektive finanzielle Sicherheit scheint darüber hinaus eine Verbeamtung zu haben: Nahezu alle befragten Beamt_innen (97 Prozent) zeigen sich zuversichtlich bezüglich der eigenen finanziellen Zukunft, unter den Arbeiter_innen berichten dies nur gut die Hälfte (55 Prozent). Des Weiteren zeichnen sich positive Alters- und Bildungseffekte ab. Unter der ältesten Personengruppe äußern sich vier von fünf Befragten (80 Prozent) zuversichtlich, unter den 18- bis 34-jährigen sind dies nur knapp zwei Drittel (63 Prozent). Unter den formal Höchstgebildeten berichten vier von fünf Befragten (79 Prozent) Zuversicht, unter den formal niedrig Gebildeten nur etwa zwei Drittel (64 Prozent). Hier ist anzunehmen, dass es sich dabei um indirekte Effekte handelt, die durch ein zunehmendes Einkommen im Laufe des Erwerbslebens bzw. ein höheres Einkommen aufgrund eines höheren formalen Bildungsabschlusses erklärbar sind.

Hinsichtlich der eigenen **Gesundheit** zeigen sich sieben von zehn Befragten zuversichtlich oder sehr zuversichtlich (71 Prozent). Auch diese Einschätzung hängt maßgeblich vom eigenen Einkommen ab (+27 Prozentpunkte Differenz zwischen der niedrigsten und der höchsten Einkommensgruppe).

## »Ihre berufliche Zukunft beurteilen die Befragten von allen erhobenen Aspekten am kritischsten.«

Ihre **berufliche Zukunft** beurteilen die Befragten von allen erhobenen Aspekten am kritischsten. Hier verspüren nur sechs von zehn Befragten (60 Prozent) Zuversicht oder große Zuversicht. Unter den Personen, die gemessen am Haushaltseinkommen beruflich ohnehin bereits am erfolgreichsten sind, äußern sich drei Viertel (76 Prozent) zuversichtlich. Diejenigen Befragten mit dem geringsten Haushaltseinkommen zeigen sich deutlich skeptischer, nur vier von zehn Befragten (42 Prozent) dieser Gruppe berichten diesbezüglich Zuversicht oder große Zuversicht.

Des Weiteren zeigen sich positive Bildungseffekte: Die formal hoch Gebildeten blicken mit 73 Prozent zu einem deutlich höheren Anteil optimistisch in die Zukunft als die formal niedrig Gebildeten (48 Prozent). Gleichermaßen wie für die subjektive finanzielle Sicherheit scheint auch für die berufliche Perspektive Verbeamtung ein positiver Faktor zu sein: 97 Prozent der Beamt_innen sind diesbezüglich zuversichtlich. Hierbei besteht ohne Zweifel ein Zusammenhang zwischen finanziellem und beruflichem Optimismus, aber auch im Hinblick auf Arbeitsplatzsicherheit. Auch unter den Angestellten geben vier von fünf Befragten (81 Prozent) an, im Hinblick auf ihre berufliche Zukunft zuversichtlich zu sein. Mit 71 Prozent unter den Arbeiter_innen und 69 Prozent unter den „sonstigen" Erwerbstätigen – darunter hauptsächlich Selbstständige und freiberuflich Tätige – sind diese beiden Gruppen etwas weniger, aber immer noch mehrheitlich optimistisch bezüglich ihrer beruflichen Zukunft.

Die Teilnehmenden der Online-Community erwarten mit Blick auf die persönliche berufliche Zukunft vor allem eine zunehmende Flexibilität durch die vermehrte Möglichkeit, das Homeoffice zu nutzen.

**»Die Arbeitswelt wird sich radikal ändern – mehr Homeoffice, andere Arbeitszeitmodelle, moderneres Arbeiten.«**

♂ **37 Jahre**

Insgesamt zeigt sich, dass die persönliche Zukunftseinschätzung in allen Bereichen in erster Linie von den eigenen finanziellen Mitteln abhängt. Damit blicken Menschen mit überdurchschnittlichem Einkommen grundsätzlich positiver in ihre eigene Zukunft – ein erwartbarer und plausibler Befund.

## 4.2. Gesellschaftliche Zukunft

Im Vergleich zur persönlichen Zukunft sehen die Befragten die **gesellschaftliche Entwicklung** in verschiedenen Bereichen deutlich kritischer und sorgenvoller[2], gleichzeitig gibt es große Differenzen zwischen einzelnen gesellschaftlichen und politischen Dimensionen.

Die Zukunft des Bereiches **Gesundheit und Pflege** wird sehr differenziert wahrgenommen. Während der Ausblick auf die zukünftige Entwicklung der **medizinischen Versorgung** von etwa zwei Dritteln der Bürger_innen (64 Prozent) zuversichtlich betrachtet wird, gibt es große Sorgen hinsichtlich der **Bezahlbarkeit im Bereich der Pflege: Nur rund jede_r achte** Befragte äußert diesbezüglich Zuversicht (zwölf Prozent). Die medizinische Versorgung in der eigenen Umgebung wurde vor allem von Rentner_innen (70 vs. 61 Prozent unter den Erwerbstätigen) überdurchschnittlich zuversichtlich bewertet.

Ähnlich, wenn auch insgesamt deutlich sorgenvoller, beurteilen die Befragten die zukünftige Bezahlbarkeit der Pflege. Hier geben die Rentner_innen mit 17 Prozent mehr als doppelt so häufig Zuversicht an wie Erwerbstätige (acht Prozent). Gleichzeitig bedeutet das, dass sich selbst unter den Rentner_innen rund vier Fünftel (78 Prozent) Sorgen um die Bezahlbarkeit der Pflege machen.

Regional gibt es weder zwischen den Regierungsbezirken noch zwischen dem Ruhrgebiet und dem restlichen NRW signifikante Differenzen. Im Bereich der medizinischen Versorgung zeigt sich jedoch ein deutliches Stadt-Land-Gefälle: Während in Großstädten (ab 100.000 Einwohner_innen: 69 Prozent; ab 500.000 Einwohner_innen: 68 Prozent) mehr als zwei Drittel der Befragten zuversichtlich sind, trifft dies in ländlichen Gemeinden unter 20.000 Einwohner_innen gerade einmal auf rund die Hälfte zu (53 Prozent).

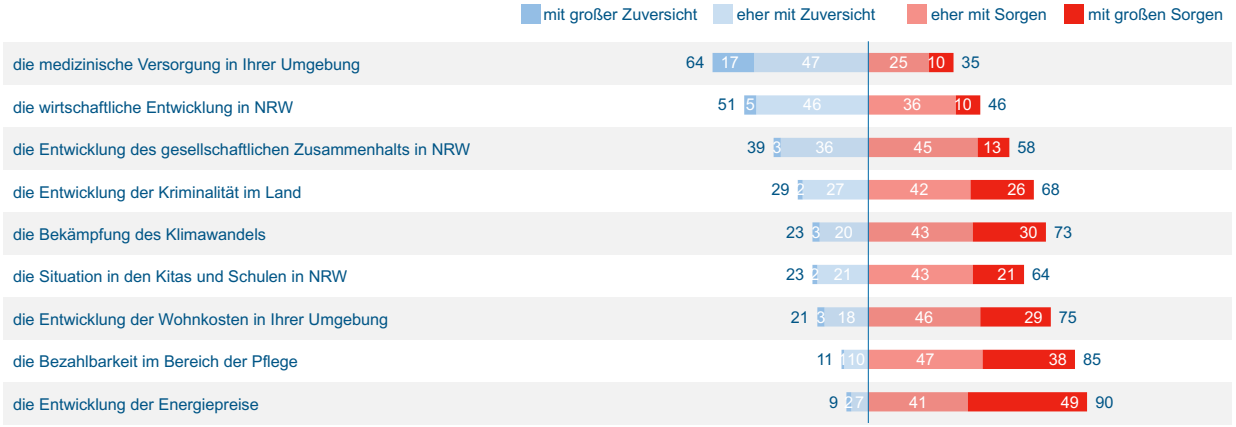
**»Im Bereich der medizinischen Versorgung zeigt sich jedoch ein deutliches Stadt-Land-Gefälle.«**

2 Dies ist ein Befund, der uns in zahlreichen empirischen Studien immer wieder begegnet.

## ABB 9
## Gesellschaftliche Zukunft

**Frage 4**

Und wenn Sie nun einmal an die zukünftige Entwicklung in Nordrhein-Westfalen denken, sehen Sie dieser Entwicklung mit großer Zuversicht, eher mit Zuversicht, eher mit Sorgen oder mit großen Sorgen entgegen? Wie sehen Sie …




Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht/keine Angabe
Basis: Wahlberechtigte Bevölkerung in NRW ab 18 Jahren

© Kantar Public 2022

Die Erkenntnisse aus der Online-Community legen nahe, dass dieser vergleichsweise optimistische Ausblick im Bereich medizinische Versorgung eng mit der Wahrnehmung verbunden ist, dass das Gesundheitssystem in Deutschland während der Pandemie vergleichsweise gut funktioniert hat und alle Patient_innen adäquat versorgt werden konnten. Den Fokus, den Gesundheit im Rahmen der Pandemie bekommen hat, werten die Teilnehmenden der Online-Community überwiegend positiv. Gleichzeitig verweisen sie aber auch darauf, dass die Pandemie die systemimmanenten Schwächen verdeutlicht und dabei insbesondere die personelle Belastungssituation im Gesundheitsbereich in den Fokus gerückt hat.

**»Jeder, der krank ist, wird auch behandelt. Ohne gleich einen Kredit aufnehmen zu müssen. Schauen wir mal in die USA!«**

♂ 65 Jahre

**»Viele Leute sind total durch die Pandemie überlastet und haben teilweise Ihren Job gekündigt oder laufen auf dem Zahnfleisch. In der Pflege hat sich nichts geändert, außer dass einmal für die Pfleger geklatscht und teilweise ein Boni ausgezahlt wurde.«**

♂ 35 Jahre

## »Die Pandemie verdeutlicht die systemimmanenten Schwächen.«

Die **wirtschaftliche Entwicklung** in NRW wird immerhin von der Hälfte der Befragten (51 Prozent) optimistisch bewertet. Besonders Rentner_innen (56 Prozent) und Beamt_innen (57 Prozent) sind hier zuversichtlich, wohl auch, weil ihre persönliche Einkommenssituation nicht so eng an die wirtschaftliche Entwicklung gekoppelt ist. Dagegen sind Selbstständige[3] eher sorgenvoll. Hier äußert sich nur eine Minderheit von 45 Prozent zuversichtlich. Regionale Unterschiede zeigen sich vor allem zwischen dem Regierungsbezirk Münster, wo knapp sechs von zehn Befragten (58 Prozent) optimistisch sind, und dem Bezirk Arnsberg, wo nur gut vier von zehn Befragen (43 Prozent) von einer positiven Entwicklung der Wirtschaft ausgehen.

Als denkbare Ursachen für dieses gespaltene Meinungsbild legen die Stimmen der Online-Community divergent empfundene Auswirkungen der Covid-Pandemie nahe: Zum Teil wird die Krise als Chance betrachtet und ein darauffolgender wirtschaftlicher Aufschwung erwartet. Häufiger jedoch beklagen die Teilnehmenden Insolvenzen und eine allgemeine Schwächung der Wirtschaft, die aus ihrer Sicht noch mehrere Jahre andauern wird.

**»[Die Wirtschaft] wird sich erholen und stärker sein als vorher.«**

♂ 65 Jahre

**»Viele kleine Unternehmen hat es zerschossen, übrig bleiben nur noch die großen. Das kann nicht gut für eine freie Marktwirtschaft sein.«**

♂ 25 Jahre

**»Viele Menschen haben ihren Job verloren oder werden ihren Job verlieren, weil manche Branchen extrem ausgedünnt wurden. Wir haben eine seit Jahrzehnten nicht gesehene Inflation.«**

♂ 29 Jahre

3 Die Kategorie „Selbstständige" wird hier als Sammelbegriff für Selbstständige, Unternehmer_innen, Freiberufler_innen, Landwirt_innen und mithelfende Familienangehörige verwendet.

Die Zukunft des **gesellschaftlichen Miteinanders** in NRW wird insgesamt eher kritisch gesehen: Nur vier von zehn Befragten sind optimistisch, dass die Gesellschaft in NRW zukünftig stärker zusammenhält (40 Prozent). Hier ist ein leichter Alterseffekt erkennbar: Die Gruppe der jüngsten Befragten zwischen 18 und 34 Jahren ist mit 37 Prozent kritischer eingestellt als die älteste Gruppe der über 64-Jährigen (45 Prozent). Dies könnte nicht zuletzt auf die Priorisierung von älteren Menschen im Rahmen der Anti-Covid-Strategie (Impfpriorisierung, Rücksichtnahme jüngerer Menschen) zurückgeführt werden.[4]

Nur knapp ein Drittel der Befragten (29 Prozent) zeigt sich zuversichtlich mit Blick auf die **Entwicklung der Kriminalität** in NRW. Jede_r Vierte (26 Prozent) äußert diesbezüglich sogar große Sorgen. Hier zeichnet sich ein Effekt von Bildung und Einkommen ab. Insbesondere Menschen mit formal niedriger Bildung (22 vs. 38 Prozent bei formal hoher Bildung), geringem Einkommen (20 Prozent bei einem Einkommen unter 1.500 Euro vs. 35 Prozent bei einem Einkommen von mindestens 3.500 Euro) sind diesbezüglich unterdurchschnittlich zuversichtlich. Darüber hinaus sind Männer im Hinblick auf die Entwicklung der Kriminalität optimistischer als Frauen (35 vs. 24 Prozent). Regionale Unterschiede und signifikante Differenzen nach Urbanisierungsgrad sind nicht erkennbar.

Auch in Bezug auf die **Bekämpfung des Klimawandels** blickt nur knapp jede_r vierte Befragte (23 Prozent) zuversichtlich auf die zukünftige Entwicklung. Die betrachteten soziodemografischen Gruppen sind hier überraschend homogen – es zeigen sich keine signifikanten Effekte in Bezug auf Alter, Bildung, Tätigkeit oder Wohnort. Im Rahmen der Online-Community wird diesbezüglich insbesondere die Geschwindigkeit kritisiert, mit der Maßnahmen zum Klimaschutz umgesetzt werden. Gleichzeitig goutieren einzelne Teilnehmende explizit, dass sich das Bewusstsein für Umwelt und Klima durch die Pandemie gesteigert habe.

4 Siehe hierzu auch Kapitel 1.

»So langsam, wie die Veränderungen geplant sind, geht die Welt vorher zugrunde. Die Politiker denken so kurzfristig und der Zug ist fast abgefahren, die Umwelt noch zu retten.«

♀ 29 Jahre

»Eine Pandemie in diesem globalen Ausmaß hat natürlich weitreichende Folgen und beeinflusst das Denken einer großen Masse. Als Beispiel wird da immer das hybride Arbeiten genannt. In Sachen Homeoffice hat sich wahnsinnig viel getan. Ich denke, auch das Bewusstsein für Nachhaltigkeit und Umweltschutz ist stark gestiegen.«

♂ 37 Jahre

**»Gleichzeitig goutieren einzelne Teilnehmende explizit, dass sich das Bewusstsein für Umwelt und Klima durch die Pandemie gesteigert habe.«**

Ebenfalls nur knapp jede_r vierte Befragte (23 Prozent) ist zuversichtlich, was die **Situation der Kitas und Schulen** in NRW betrifft. Unterschiede nach soziodemografischen Subgruppen sind kaum feststellbar. Befragte, die mit Kindern im Haushalt leben, sind mit 26 Prozent in der Tendenz etwas zuversichtlicher als solche, die keine Kinder im Haushalt haben (22 Prozent). Sie äußern aber auch öfter große Sorgen (27 vs. 19 Prozent unter Befragten, die keine Kinder im Haushalt haben).[5] Befragte, die im ländlichen Raum leben (unter 20.000 Einwohner_innen), sind zuversichtlicher als solche, die in Ballungszentren (mind. 500.000 Einwohner_innen) leben – hier ist nur knapp jede_r Fünfte (19 Prozent) positiv gestimmt. Dieser pessimistische Blick auf die Bildungslandschaft in NRW wird von der Online-Community nur bedingt im Zusammenhang mit der Covid-Pandemie gesehen. Vielfach gilt: Die Krise hat bestehende Lerndefizite zwar häufig verstärkt, das Bildungssystem erschien jedoch schon vor Corona reformbedürftig. Zum Teil werden die in der Krise aufgezeigten Defizite jedoch auch als Chance für Veränderungen – insbesondere mit Blick auf die Möglichkeiten der Digitalisierung – wahrgenommen.

**»Kinder haben viel verpasst und nicht aufgeholt. Viele kamen am Anfang mit dem Online-Unterricht nicht zurecht. Und haben trotzdem schlechte Noten bekommen.«**

♀ 40 Jahre

**»Das Schul- und Bildungssystem in Deutschland ist eine Katastrophe. Thema Inklusion ist ebenfalls immer noch zu wenig umgesetzt, ich habe in Holland studiert und dort sind die Organisation und die Inhalte deutlich besser gestaltet. Themen sind einfach zu alt und nicht mehr zeitgemäß.«**

♀ 29 Jahre

**»In der Bildung kam/kommt endlich mehr Digitalisierung an. Es wird, wenn auch langsam, über neue Konzepte nachgedacht.«**

♂ 29 Jahre

5 Der „Weiß nicht"-Anteil bei Befragten ohne Kinder im Haushalt liegt hier bei 17 Prozent, viele trauen sich also kein Urteil in diesem Aspekt zu.

Die **allgemeinen Preissteigerungen** machen sich auch bei den Menschen in NRW bemerkbar. So nehmen viele sorgenvoll die preisliche Entwicklung in verschiedenen Bereichen wahr. Nur rund ein Fünftel (21 Prozent) ist zuversichtlich beim Blick auf die **Entwicklung der Wohnkosten in der Umgebung**. Insbesondere jüngere Befragte zeigen sich hier besorgt: Unter den 18- bis 34-Jährigen sind nur 15 Prozent zuversichtlich, mehr als jede_r dritte in dieser Gruppe (38 Prozent) äußert sogar große Sorgen. Die über 64-jährigen sind dagegen immerhin zu 28 Prozent optimistisch, nur knapp jede_r Fünfte (19 Prozent) macht sich diesbezüglich große Sorgen. Dies dürfte daran liegen, dass die Eigenheimquote bei älteren Befragten höher liegt als bei jüngeren Menschen.

Wahlberechtigte mit niedriger formaler Bildung (29 Prozent) sind zuversichtlicher als solche mit formal hoher Bildung (17 Prozent). Entsprechende Effekte setzen sich in den verschiedenen Einkommensgruppen jedoch nicht fort: Sowohl in der einkommensschwächsten als auch in der einkommensstärksten Gruppe äußert sich nur eine_r von fünf Befragten (jeweils 20 Prozent) optimistisch. Zwischen den Regierungsbezirken zeigen sich hier nur geringe Unterschiede: So ist im eher ländlich geprägten Bezirk Arnsberg jede_r Vierte (26 Prozent) optimistisch, im Bezirk Köln nur knapp jede_r Fünfte (17 Prozent).

Der pessimistische Blick in die Zukunft wird im Rahmen der Online-Community nur teilweise durch Effekte der Covid-Pandemie begründet. Vielmehr wird darauf verwiesen, dass es im bevölkerungsreichsten Bundesland Deutschlands mit seinen starken Ballungsgebieten ein grundsätzliches Problem gibt, bezahlbaren Wohnraum zu finden.

**»Wir haben eine seit Jahrzehnten nicht gesehene Inflation. Das ist schon einmal sehr negativ, aber all das hat ja schließlich auch Einfluss darauf, dass sich viele das Wohnen nicht mehr leisten können, geschweige denn überhaupt irgendwann Aussicht auf ein Eigenheim haben. Zudem werden Mieten schneller teurer, als Löhne (wenn noch vorhanden) steigen – also werden noch mehr Leute in Probleme geraten und finanzielle Schwierigkeiten erfahren.«**

♂ 29 Jahre

Neben den Sorgen aufgrund des angespannten Immobilien- und Wohnungsmarktes wachsen auch die Befürchtungen der Menschen in NRW in Bezug auf die **Entwicklung der Energiepreise**. Weniger als eine_r von zehn Befragten (acht Prozent) ist diesbezüglich zuversichtlich, 90 Prozent machen sich Sorgen, rund die Hälfte sogar große Sorgen (49 Prozent). Es zeigen sich keine relevanten Unterschiede zwischen den Alters-, Einkommens- oder Bildungsgruppen oder verschiedenen Regionen in NRW.

**»Hauptproblem wird bezahlbare Energie werden, denn hohe Preise hier wirken sich ja auf alle Lebensbereiche aus. Das ist jedoch sicherlich ein bundesweites Problem […].«**

♂ **35 Jahre**

**»Der Alltag wird schwieriger, das Geld (Wert) immer weniger, alles wird teurer. Wohnraum, Energiekosten, Benzin, Lebensmittel, Steuern, Versicherungen bald nicht mehr zu bezahlen, wenn es so weitergeht […].«**

♀ **65 Jahre**

Insgesamt lässt sich zusammenfassen, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen mehrheitlich sorgenvoll auf die Mehrzahl der abgefragten (lokal-)politischen und gesellschaftlichen Aspekte blicken. Diese Sorgen teilen die Menschen, unabhängig von soziodemografischen Merkmalen.

**»Die Menschen in Nordrhein-Westfalen blicken mehrheitlich sorgenvoll auf die Mehrzahl der abgefragten (lokal-)politischen und gesellschaftlichen Aspekte.«**

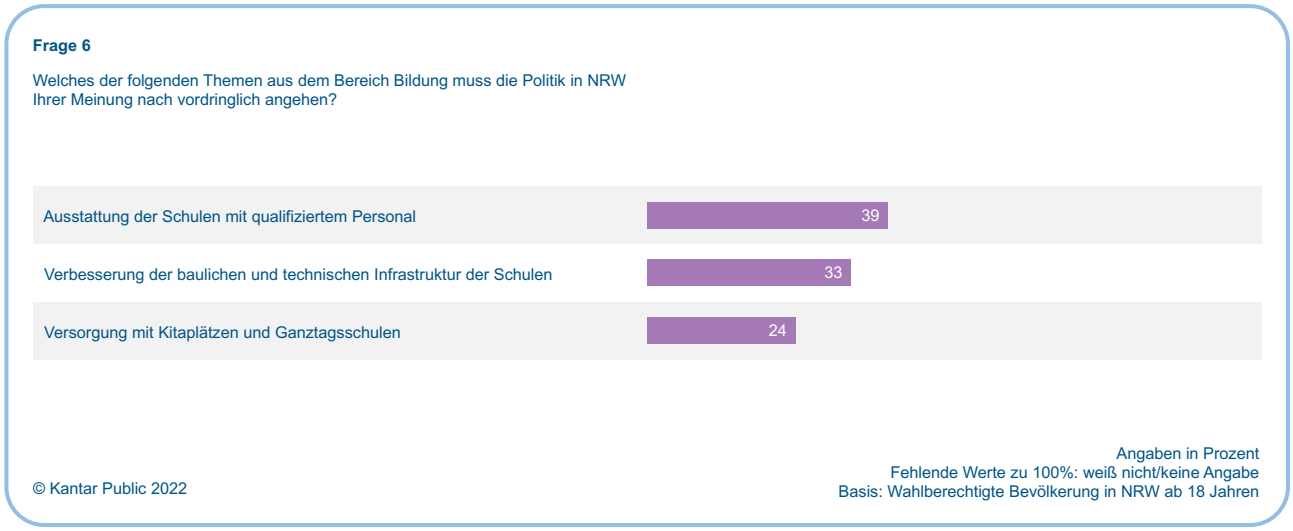
# 5. Schwerpunktthemen in NRW

In diesem Abschnitt gehen wir auf **fünf Schwerpunktthemen** ein. Die ersten vier folgen dabei stets dem gleichen strukturellen Aufbau: Zunächst geht es um die Priorisierung von Aspekten innerhalb des jeweiligen Schwerpunktthemas, dann um die Bewertung der Umsetzung und schließlich um Fragen der programmatischen Politikausrichtung. In Abstimmung mit der FES wurden als Schwerpunktthemen **Bildung** (Kapitel 5.1.), **Wirtschaft und Arbeit** (Kapitel 5.2.), **Gesundheit und Pflege** (Kapitel 5.3.) sowie **Wohnen** (Kapitel 5.4.) definiert, die eine besondere landespolitische Bedeutung haben. Darüber hinaus wurde in der Online-Community das Thema **Umwelt und Klima** (Kapitel 5.5) als zusätzlicher Schwerpunkt betrachtet.

## 5.1. Bildung

Beim Komplex Bildung wünschen sich zwei Fünftel, dass die Politik in NRW prioritär die Ausstattung der Schulen mit qualifiziertem Personal verbessert (39 Prozent). Ein Drittel sieht hingegen die Verbesserung der baulichen und technischen Schulinfrastruktur als das dringlichste Problem (33 Prozent). Ein weiteres Viertel spricht sich dafür aus, das Land NRW sollte insbesondere die Versorgung mit Kitaplätzen und Ganztagsschulen ausbauen (24 Prozent).[6]

**ABB 10**
**Priorisierung politischer Maßnahmen**




6 Diese Frage war als Einfachnennung aus einer vorgegebenen Anzahl an Antworten konzipiert. Aus forschungsökonomischen Gründen kann die komplexe Realität dabei immer nur teilweise modelliert werden. Im konkreten Fall sieht lediglich ein Prozent der Befragten eine andere Maßnahme im Bildungsbereich als prioritär an.

Die Priorisierung dieser Aspekte folgt dabei zum Teil der individuellen Betroffenheit: Während jüngere Befragte auffällig häufig die Versorgung mit Kitaplätzen und Ganztagsschulen fordern (18- bis 34-Jährige: 34 Prozent vs. 65-Jährige+: 20 Prozent) sprechen sich Wahlberechtigte gehobenen mittleren Alters besonders häufig für mehr qualifiziertes Personal an Schulen aus (50- bis 64-Jährige: 42 Prozent vs. 18- bis 34-Jährige: 33 Prozent). Überraschenderweise unterscheiden sich Befragte mit Kindern im Haushalt in ihrer Bewertung nicht von Personen ohne Kinder im Haushalt. Außerdem sind weder signifikante Bildungs- noch Einkommenseffekte erkennbar. Darüber hinaus finden sich auch keine klaren Stadt-Land- oder regionalen Unterschiede innerhalb von NRW. Weder unterscheiden sich in dieser Frage die Menschen in den Regierungsbezirken noch die Befragten in kleineren Gemeinden und größeren Städten in signifikantem Maße voneinander.

In der Detailanalyse beklagen die Teilnehmenden der Online-Community konsensuell Rückstände im Digitalisierungsgrad von Schulen sowie die mangelhafte Ausstattung der Schulen allgemein. Positiv bewertet wird hingegen sowohl das dichte Schulnetz in NRW und die hohe Anzahl an Universitäten als auch das breite Angebot an berufsbegleitenden Weiterbildungsmöglichkeiten.

**»Die Pandemie hat gezeigt, was aktuell alles so bei uns schief läuft, wie wenig manche Schulen modernisiert wurden. Die Ausstattung der Schulen ist katastrophal, vieler Orts fehlt es selbst an veralteter Technik. Die Pandemie hat uns alle Defizite aufgezeigt.«**

♂ 25 Jahre

**»Lehrermangel, veraltetes Schulsystem, zu wenig Digitalisierung. Der Bereich wurde lange nicht überdacht.«**

♀ 30 Jahre

**»Es gibt hier viele Unis und viele Möglichkeiten, sich z. B. an der FOM weiterzubilden. Das Angebot ist da, auch wenn nicht jede Einrichtung gut ausgestattet ist.«**

♂ 25 Jahre

Der nordrhein-westfälischen Landespolitik wird in **Bildungsfragen** insgesamt ein schlechtes Zeugnis ausgestellt. Insbesondere im Hinblick auf die bauliche und technische Infrastruktur an Schulen bewertet nur knapp ein Fünftel der Befragten die politischen Bemühungen als gut oder sehr gut (18 Prozent). Immerhin jeweils rund ein Drittel nimmt das Engagement für die Ausstattung der Schulen mit qualifiziertem Personal (33 Prozent) und die Versorgung mit Kitaplätzen und Ganztagsschulen (34 Prozent) positiv wahr. Noch am ehesten wird in NRW die Sicherstellung guter Bildung für alle Kinder, unabhängig von Bildung und Einkommen der Eltern, als gut bzw. sehr gut angesehen (38 Prozent), wobei auch hier nur eine Minderheit zustimmt.

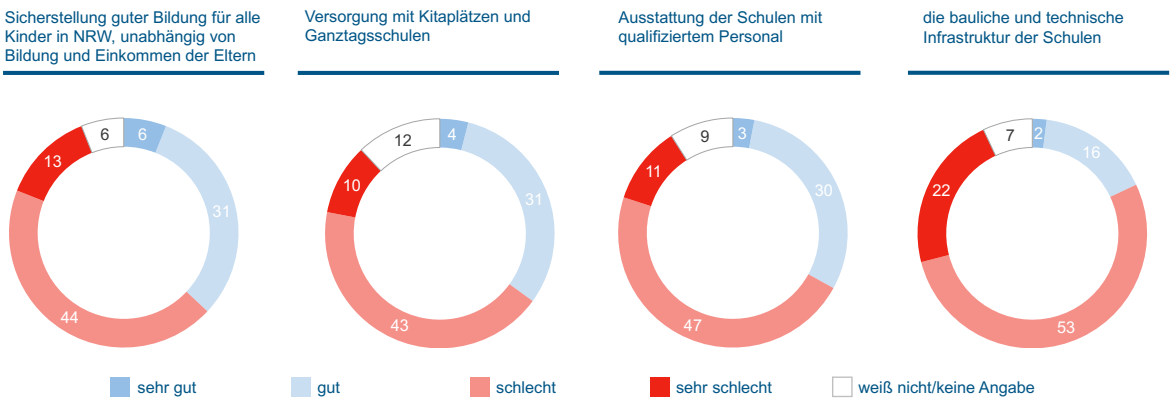
In der Detailanalyse zeigen sich insgesamt nur wenig Unterschiede. Befragte mit Kindern im Haushalt finden die politischen Bemühungen zur Bildungsdurchlässigkeit häufiger gut (46 Prozent) als Personen ohne Kinder im Haushalt (36 Prozent). Die Versorgung mit Kitas und Ganztagsschulen scheint in kleinen Gemeinden auf dem Land (38 Prozent) besser zu sein als in Großstädten über 500.000 Einwohner_innen (26 Prozent). Darüber hinaus zeigen sich bei der Versorgung mit Kitas deutliche Unterschiede zwischen den Regierungsbezirken: Während in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Köln nur jeweils drei von zehn Wahlberechtigten die politische Arbeit mit Blick auf Kitas und Ganztagsschulen positiv bewerten (jeweils 30 Prozent), sind es in Detmold vier von zehn (40 Prozent) und in Münster stimmt knapp die Hälfte der Wahlberechtigten zu (46 Prozent). Auch bei der Ausstattung der Schulen mit qualifiziertem Personal schneidet Münster am besten ab (41 Prozent gut/sehr gut), kritischer ist die Situation in Detmold (32 Prozent), Düsseldorf (31 Prozent) und Arnsberg (30 Prozent). Münster ist jedoch nicht in allen Aspekten Vorreiter: Bei der baulichen und technischen Infrastruktur an Schulen sind die Befragten im Regierungsbezirk Münster zusammen mit denen im Bezirk Düsseldorf besonders kritisch – nur jeweils 15 Prozent stellen den politisch Verantwortlichen ein gutes Zeugnis aus –, im Bezirk Detmold bewertet dagegen immerhin jede_r Vierte die Situation positiv (25 Prozent).

**»Der nordrhein-westfälischen Landespolitik wird in Bildungsfragen insgesamt ein schlechtes Zeugnis ausgestellt.«**

## ABB 11
## Bewertung der politischen Umsetzung im Bereich Bildung

**Frage 7**

Wie bewerten Sie die derzeitigen politischen Bemühungen in NRW in Bezug auf die folgenden Aspekte?




© Kantar Public 2022

Angaben in Prozent
Basis: Wahlberechtigte Bevölkerung in NRW ab 18 Jahren

Welche **Ideen** und welche **konkreten Politikvorschläge** im Urteil der Bürger_innen besonders wichtig sind, ist von zentraler Bedeutung für politische Akteur_innen, die ihr Angebot auch an den Wahrnehmungen und Bedürfnissen des Souveräns ausrichten müssen, um auf Akzeptanz zu stoßen. Hierfür wurden in unterschiedlichen politischen Bereichen jeweils mehrere Alternativpaare mit politischen Forderungen untersucht. Diese Alternativpaare wurden auf Basis einer Vorlage der FES erstellt. Es handelt sich dabei jeweils um zwei möglichst präzise alternative Politikvorschläge, die jedoch streng genommen nicht immer den Anspruch erheben, ein echtes Gegensatzpaar darzustellen.[7]

7 Selbstverständlich kann im Rahmen von zwei Aussagen auch nur ein begrenzter Ausschnitt der politischen Möglichkeiten untersucht werden.

Mit Blick auf **Investitionen im Bildungsbereich** zeigt sich ein klares Stimmungsbild: Sieben von zehn Befragten (71 Prozent) sprechen sich für mehr Zukunftsinvestitionen in Bildung und Schulen aus, da nachfolgende Generationen davon stärker profitieren würden als von einem ausgeglichenen Haushalt. Etwa ein Viertel ist dagegen der Auffassung, dass Investitionen nicht durch höhere Staatsverschuldung finanziert werden sollen, da dies nachfolgende Generationen belaste (24 Prozent). Formal höher Gebildete sprechen sich noch stärker für Investitionen aus (77 Prozent) als niedrig Gebildete (62 Prozent). Insgesamt sprechen sich in Bezug auf Bildung alle soziodemografischen Teilgruppen mehrheitlich für Investitionen und gegen die sogenannte schwarze Null aus.

Bei der Konkretisierung von Investitionen in **Schulen** steht aus Sicht der Befragten das Gleichheits- vor dem Bedarfsprinzip. So findet eine knappe Mehrheit, dass alle Schulen in NRW finanziell und personell gleich ausgestattet sein sollten (55 Prozent). Eine knappe Minderheit ist dagegen der Meinung, Schulen in sozialen Brennpunkten sollten durch bessere personelle und finanzielle Ausstattung besonders gefördert werden (44 Prozent). Während formal niedrig Gebildete sich klar für eine gleiche Förderung aller Schulen aussprechen (61 Prozent Gleichheitsprinzip vs. 37 Prozent Bedarfsprinzip), sind höher Gebildete in dieser Frage gespalten (49 Prozent Gleichheitsprinzip vs. 51 Prozent Bedarfsprinzip).

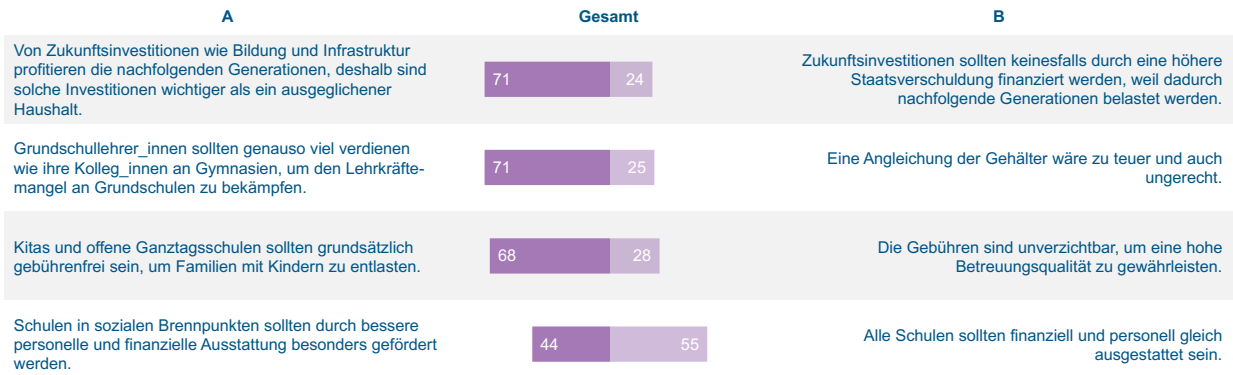
Auch in den Regierungsbezirken zeigt sich ein heterogenes Bild: Der stärkste Zuspruch für die gleiche Förderung aller Schulen findet sich in Detmold (63 vs. 35 Prozent), in Münster sind die Bürger_innen jedoch unentschieden (51 vs. 48 Prozent). Der Urbanisierungsgrad zeigt keinen signifikanten Effekt in dieser Frage.

**»Sieben von zehn Befragten (71 Prozent) sprechen sich für mehr Zukunftsinvestitionen in Bildung und Schulen aus.«**

**ABB 12**
**Programmatische Politikausrichtung im Bereich Bildung**

**Frage 8**

Im Folgenden finden Sie jeweils zwei unterschiedliche Ansichten zur Politik.
Welcher der beiden Ansichten stimmen Sie eher zu?




Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht/keine Angabe
Basis: Wahlberechtigte Bevölkerung in NRW ab 18 Jahren

© Kantar Public 2022

Sieben von zehn Wahlberechtigten in NRW stimmen der Aussage zu, dass Grundschullehrer_innen genauso viel Geld bekommen wie ihre Kolleg_innen an Gymnasien, um so den **Lehrkräftemangel an Grundschulen** zu bekämpfen (71 Prozent). Ein Viertel der Befragten findet diese Idee dagegen zu teuer und auch ungerecht (25 Prozent). Frauen stimmen dem Vorschlag häufiger zu (76 Prozent) als Männer (66 Prozent). Darüber hinaus fällt die Zustimmung in Großstädten über 500.000 Einwohner_innen stärker aus (75 Prozent) als in Gemeinden unter 20.000 Einwohner_innen (65 Prozent).

Mehr als zwei Drittel der Wahlberechtigten in NRW wünschen sich grundsätzlich **gebührenfreie Kitas** und offene Ganztagsschulen, um Familien mit Kindern zu entlasten (68 Prozent). Knapp drei von zehn sind dagegen der Meinung, Gebühren seien unverzichtbar, um eine hohe Betreuungsqualität zu gewährleisten (28 Prozent). In den soziodemografischen Teilgruppen zeigen sich kaum relevante Unterschiede. Auch das Haushaltsnettoeinkommen der Befragten hat keinen signifikanten Effekt auf die Entscheidung zwischen diesen politischen Ausrichtungen.

Die Teilnehmenden der Online-Community wünschen sich konkret, dass die Digitalisierung der Schulen und des Unterrichts vorangetrieben wird, Schüler_innen sowie die Schulen insgesamt modern ausgestattet und Schulgebäude saniert werden. Auch eine umfassende und gute Schulung von Lehrkräften sowie die Erweiterung der Betreuungszeiten werden gefordert. Ebenso werden Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit verlangt.

**»Ganz wichtig ist eine vernünftige Digitalisierung. Das hat die Pandemie mehr als deutlich gemacht, dass es hier Sanierungsbedarf gibt.«**

♀ 52 Jahre

**»Unsere Schulen müssen endlich saniert und modernisiert werden. Es kann doch nicht sein, dass es Oberstufen gibt, die auf alten Computern arbeiten müssen. Wie sollen denn dann unsere Talente in der IT gefordert und gefördert werden?«**

♂ 25 Jahre

## 5.2. Wirtschaft und Arbeit

Aus den vier vorgegebenen Themen im Bereich **Wirtschaft und Arbeit** plädiert rund ein Drittel der Bürger_innen für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen (36 Prozent). Knapp drei von zehn Befragten sehen den ökologischen Umbau der Industrie als vordringliche Aufgabe an (28 Prozent) und ein Viertel spricht sich für höhere Löhne aus (25 Prozent). Mehr Mitsprache- und Mitgestaltungsmöglichkeiten für Beschäftigte sieht nur jede_r Elfte als prioritäre Aufgabe der Politik an (neun Prozent). Die Priorisierung unterscheidet sich dabei deutlich zwischen den Subgruppen: Jüngere Befragte von 18 bis 34 Jahren fordern überdurchschnittlich häufig höhere Löhne (43 Prozent), während die Ältesten ab 65 Jahren die zentrale Aufgabe in der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen sehen (44 Prozent), auch wenn sie selbst in der Regel bereits pensioniert sind.

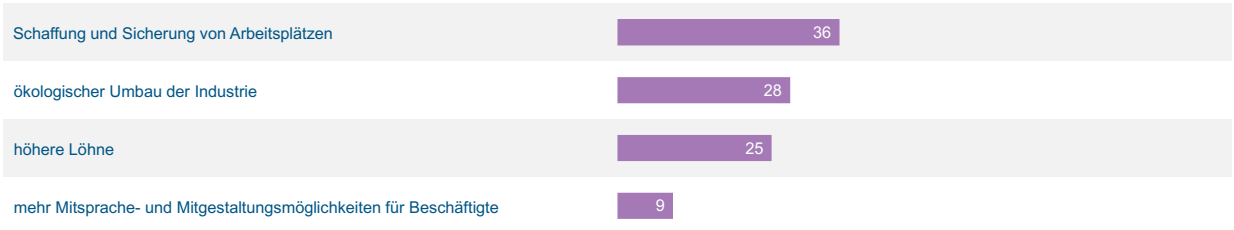
Mit zunehmender formaler Bildung steigt die Forderung des ökologischen Umbaus der Industrie (niedrige Bildung: 15 Prozent vs. hohe Bildung: 41 Prozent). Menschen mit Migrationshintergrund sprechen sich dagegen häufiger für höhere Löhne aus (34 Prozent) als Menschen ohne Migrationshintergrund (23 Prozent). Auch für Frauen (27 Prozent) sind höhere Löhne tendenziell ein wichtigeres Anliegen als für Männer (22 Prozent).

In den Berufsgruppen sind Arbeiter_innen vor allem an der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen (39 Prozent) sowie an höheren Löhnen interessiert (36 Prozent). Bei Angestellten zeigt sich keine klare Priorisierung. Beamt_innen ist dagegen der ökologische Umbau vergleichsweise wichtig (48 Prozent). Auf dem Land ist die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen wichtiger (40 Prozent) als in den größten Städten (29 Prozent), wo im Gegenzug der Versöhnung von Ökonomie und Ökologie eine höhere Relevanz beigemessen wird (34 vs. 23 Prozent).

**ABB 13**
**Priorisierung politischer Maßnahmen im Bereich Wirtschaft und Arbeit**

**Frage 9**

Welches der folgenden Themen aus dem Bereich Wirtschaft und Arbeit muss die Politik in NRW Ihrer Meinung nach vordringlich angehen?




Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht/keine Angabe
Basis: Wahlberechtigte Bevölkerung in NRW ab 18 Jahren

© Kantar Public 2022

In der Online-Community offenbart sich hauptsächlich eine Unzufriedenheit mit der als ungerecht empfundenen Bezahlung und mangelnden Wertschätzung sozialer Beschäftigung und von Ausbildungs- und Pflegeberufen. Positiv bewertet wird dagegen der allgemein als stark geltende Arbeitsmarkt in NRW.

**»Die berufliche Tätigkeit sollte insgesamt etwas fair verteilter honoriert werden. Warum müssen wir im sozialen Bereich um jeden Cent kämpfen, während andere ein Diensthandy, Firmenwagen, Spritkosten und vieles mehr gezahlt werden? Muss ich mich allen Ernstes im sozialen Bereich mit einer Ablehnung eines Diensthandys abfinden? Das ist absolut erschreckend und erfordert dringend einen Neustart, wie auch in der Pflege, Gastronomie und allen Bereichen, in denen ebenfalls hart arbeitende Menschen ausgebeutet werden und psychisch daran zugrunde gehen.**

**Weil, ja, es ist toll, einen Job zu machen, der einem Freude macht, aber es ist bescheiden, wenn man davon seine laufenden Rechnungen nicht zahlen kann und sich nicht mal einen Urlaub leisten kann. Hier geht die Rechnung doch nicht auf, das muss der Politik doch wohl klar sein, dass hierdurch die Menschen immer kränker werden und es dadurch auch Engpässe beim Personal gibt, wenn alle am Ende depressiv und absolut überlastet sind, wegen zu weniger Urlaubstage, zu wenig Geld und Überstunden bis zum Abwinken.«**

♀ **29 Jahre**

**»Wer in NRW arbeiten möchte, der kann das auch. Unser Arbeitsmarkt ist meiner Meinung nach gut. Leider sind die Kosten des Lebens sehr hoch und steigen auch weiter, weswegen nicht so gut bezahlte Berufe nicht gerne gewählt werden.«**

♀ **51 Jahre**

# »Auch im Bereich Wirtschaft und Arbeit sind die Bürger_innen mehrheitlich unzufrieden mit der politischen Arbeit in NRW.«

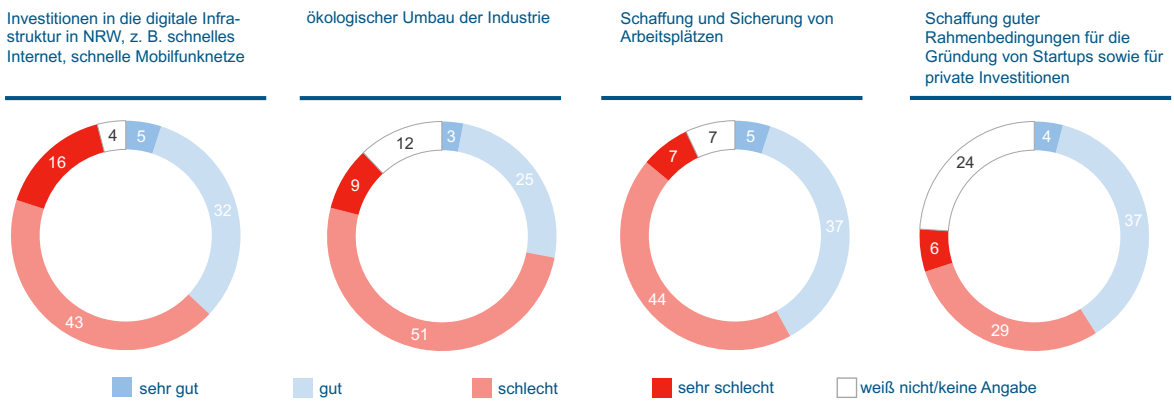
Auch im Bereich Wirtschaft und Arbeit sind die Bürger_innen mehrheitlich unzufrieden mit der politischen Arbeit in NRW. Insbesondere hinsichtlich des ökologischen Umbaus der Industrie bewerten nur drei von zehn Befragten die bisherigen Bemühungen als gut oder sehr gut (28 Prozent). Auch die Investitionen in die digitale Infrastruktur werden mit nur 37 Prozent Zustimmung mehrheitlich kritisch gesehen. Immerhin zwei Fünftel der Wahlberechtigten sind der Meinung, NRW mache einen guten Job in Bezug auf die Schaffung guter Rahmenbedingungen für Start-ups und private Investitionen (41 Prozent). Etwa genauso viele finden auch die Bemühungen zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen gut (42 Prozent).

Die Detailanalyse zeigt insbesondere Bildungseffekte: So sind hoch Gebildete bei der Sicherung von Arbeitsplätzen (47 vs. 39 Prozent bei niedrig Gebildeten) und mit Blick auf die Rahmenbedingungen von Start-ups (47 vs. 35 Prozent bei niedrig Gebildeten) positiver gestimmt. Im Gegensatz dazu sehen sie die politischen Bestrebungen zur ökologischen Transformation der Industrie kritischer (24 vs. 36 Prozent bei niedrig Gebildeten).

**ABB 14**
**Bewertung der politischen Umsetzung im Bereich Wirtschaft und Arbeit**

**Frage 10**

Wie bewerten Sie die derzeitigen politischen Bemühungen in NRW in Bezug auf die folgenden Aspekte?




© Kantar Public 2022

Angaben in Prozent
Basis: Wahlberechtigte Bevölkerung in NRW ab 18 Jahren

# »Bei den Alternativpaaren im Bereich Wirtschaft und Arbeit wird insgesamt nach einem aktiven und eingreifenden Staat verlangt.«

Bei den Alternativpaaren im Bereich Wirtschaft und Arbeit wird insgesamt nach einem aktiven und eingreifenden Staat verlangt. So spricht sich eine Mehrheit der Bürger_innen in NRW dafür aus, das Land solle in den **Ausbau der Infrastruktur** investieren, auch wenn dafür höhere Schulden gemacht werden müssten (57 Prozent). 38 Prozent sind hingegen der Meinung, dass NRW bereits jetzt zu hoch verschuldet sei und diese Schulden zugunsten der künftigen Generationen abgebaut werden müssten. Die Bereitschaft zur Aufnahme von Schulden für den Ausbau der Infrastruktur ist damit etwas geringer ausgeprägt als die Bereitschaft, zusätzliches Geld in Bildung zu investieren. Insbesondere Frauen stimmen hier seltener zu (50 Prozent) als Männer (65 Prozent). Ähnlich wie im Bildungsbereich sehen höher Gebildete häufiger die Notwendigkeit von Investitionen, auch wenn dafür Schulden aufgenommen werden müssen (64 vs. 50 Prozent für niedrig Gebildete). Der Wunsch nach Ausbau und Sanierung der Infrastruktur, insbesondere der Verkehrsinfrastruktur, ist in der Online-Community ebenfalls groß und wird direkt an die Politik adressiert. Eine eventuelle Aufnahme von Schulden dafür wird jedoch nicht diskutiert.

Neben Investitionen in die Infrastruktur wünschen sich drei Viertel der Befragten (74 Prozent), dass der **ökologische Umbau von Industrie und Mittelstand** staatlich gefördert wird, um Arbeitsplätze zu erhalten. Nur gut jede_r Fünfte will diese Transformation allein dem Markt überlassen (22 Prozent). Die Subgruppen unterscheiden sich in ihrer Bewertung kaum, einzig Beamt_innen (32 Prozent) und Selbstständige (35 Prozent) plädieren häufiger dafür, dass sich der Staat hierbei heraushält (Arbeiter_innen: 23 Prozent, Angestellte: 17 Prozent). In der Online-Community wird der ökologische Umbau der Wirtschaft konsensuell als Aufgabe aller angesehen, bei der jedoch der zentrale Aspekt der Finanzierbarkeit keinesfalls aus dem Auge verloren werden darf.

**»Da, wo es nicht zu massiven Teuerungen führt, müssen wir generell grüner werden. Das ist jedoch kein NRW-Problem, sondern ein globales.«**

♂ 56 Jahre

**»Absolut, wie schon gesagt, ist es nach 12 bezüglich Klimaschutz – dass wissen wir doch alle inzwischen. Plastik muss weniger werden, mehr erneuerbare Energie, weniger Fleischkonsum und so weiter. Es darf nicht mehr Stück für Stück verbessert werden, sonst sind wir aufgeschmissen. Es muss jetzt etwas verändert werden und nicht in zehn Jahren – habe das Gefühl, die Politik hat es immer noch nicht begriffen und hat die Gier nach mehr eher im Blick als das Wohl der Erde. Echt ätzend, danke dafür, wir jungen Menschen dürfen es dann am Ende ausbaden.«**

♀ 29 Jahre

Wie bereits gesehen, gibt es einen beachtlichen Teil der Menschen in NRW, die Lohnsteigerungen als wichtigstes wirtschaftspolitisches Ziel sehen. Insofern scheint es plausibel, dass drei Viertel der Befragten (74 Prozent) vom Gesetzgeber verlangen, er solle dafür sorgen, dass wieder **mehr Beschäftigte nach Tarif** bezahlt werden. Ein Viertel (24 Prozent) ist gegenteiliger Meinung und vertritt die Auffassung, der Staat solle sich bei Löhnen und Gehältern grundsätzlich raushalten. Insbesondere Frauen (79 Prozent) wünschen sich häufiger ein aktives Eingreifen der Politik als Männer (68 Prozent). Auch jüngere Menschen von 18 bis 34 Jahren sehen dies ähnlich (79 Prozent), wohingegen die älteste Kohorte ab 65 Jahren diese Forderung weniger nachdrücklich unterstützt (63 Prozent), gleichwohl auch sie mehrheitlich einen stärker eingreifenden Staat präferiert. Bei den Berufsgruppen zeigen sich ähnliche Effekte wie zuvor: Arbeiter_innen (82 Prozent) und Angestellte (78 Prozent) wünschen sich deutlich häufiger gesetzgeberisches Handeln als Beamt_innen (66 Prozent) und Selbstständige (63 Prozent) – auch wenn die Motive der letzten beiden Gruppen unterschiedlich sein dürften.

Die attraktive Gestaltung sozialer Beschäftigung, von Pflege- und Ausbildungs- wie auch Handwerksberufen und damit unter anderem auch deren bessere Bezahlung wird ebenfalls in der Online-Community als zentrales wirtschaftspolitisches Ziel diskutiert. Daneben wird aber auch auf den Bedarf nach einer zukünftig besseren Vorbereitung auf potenzielle Krisen sowie eine zunehmende Flexibilisierung der Arbeit zugunsten von Arbeitnehmer_innen verwiesen. Hierzu zählt aus Sicht der Teilnehmenden beispielsweise die Möglichkeit, auch nach der Pandemie im Homeoffice zu arbeiten oder eine Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich. Die gewünschten Veränderungen zielen dabei primär auf eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie eine grundsätzliche Entschleunigung des Arbeitslebens ab.

»Da, wo möglich, muss die Arbeit zu den Menschen und nicht umgekehrt gebracht werden (Homeoffice). Es sollte keine Schande sein, nicht zu studieren oder Abitur zu haben. Handwerk hat immer noch goldenen Boden, das muss in die Gesellschaft transportiert werden.«

♂ 56 Jahre

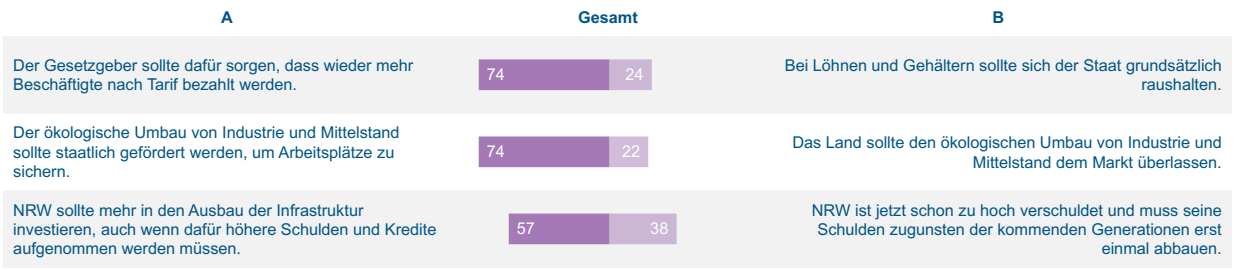
»Gleichberechtigung für Wirtschaft und Pflege oder andere Sozialberufe. Schützen von Kulturgut und Co. Es sollte weiterhin mehr online stattfinden und optimiert werden, um zukünftig ohne Probleme durch diese Krisen zu gehen. Weiter noch sollten Maßnahmen sinniger getroffen werden und für zukünftige Pandemien alle Fehler aus dieser zusammengefasst und eliminiert werden – und davon gab es zu viele in Deutschland.«

♀ 29 Jahre

## ABB 15
## Programmatische Politikausrichtung im Bereich Wirtschaft und Arbeit

**Frage 11**

Im Folgenden finden Sie jeweils zwei unterschiedliche Ansichten zur Politik. Welcher der beiden Ansichten stimmen Sie eher zu?




Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht/keine Angabe
Basis: Wahlberechtigte Bevölkerung in NRW ab 18 Jahren

© Kantar Public 2022

**»Die Bürger_innen in NRW wünschen sich von der Politik in erster Linie, dass sie sich um den Mangel an Pflegekräften kümmert (69 Prozent).«**

## 5.3. Gesundheit und Pflege

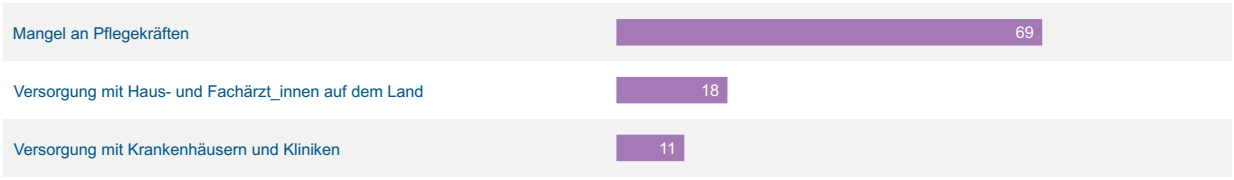
Im Bereich **Gesundheit und Pflege** wünschen sich die Bürger_innen in NRW von der Politik in erster Linie, dass sie sich um den Mangel an Pflegekräften kümmert (69 Prozent). Andere Themen wie die Versorgung mit Haus- und Fachärzt_innen auf dem Land (18 Prozent) oder die Versorgung mit Krankenhäusern und Kliniken (elf Prozent) werden deutlich seltener priorisiert.

In den Subgruppen gibt es wenig Differenzen, fehlende Pflegekräfte werden durchgängig mehrheitlich als das drängendste Problem betrachtet. Einzig die Gemeindegröße, in der die Befragten leben, zeigt einen Effekt: In kleinen Gemeinden unter 20.000 Einwohner_innen (25 Prozent) und in mittelgroßen Städten mit bis zu 100.000 Einwohner_innen (23 Prozent) fordert jeweils ein Viertel, dass sich die Politik vordringlich um die Versorgung mit Haus- und Fachärzt_innen auf dem Land kümmern sollte. In Großstädten und Ballungszentren stimmen diesbezüglich jeweils nur elf Prozent zu. Analog hierzu ist auch im eher ländlich geprägten Regierungsbezirk Detmold die Forderung nach einer besseren ärztlichen Versorgung auf dem Land überdurchschnittlich hoch (29 Prozent). Dieser Unterschied ist auch zwischen dem eher urban geprägten Ruhrgebiet (zehn Prozent) und dem restlichen NRW (21 Prozent) erkennbar.

**ABB 16**
**Priorisierung politischer Maßnahmen im Bereich Gesundheit und Pflege**

**Frage 12:**

Welches der folgenden Themen aus dem Bereich Gesundheit und Pflege muss die Politik in NRW Ihrer Meinung nach vordringlich angehen?




Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht/keine Angabe
Basis: Wahlberechtigte Bevölkerung in NRW ab 18 Jahren

© Kantar Public 2022

## »Die Bewertung der politischen Bemühungen im Bereich Gesundheit und Pflege in NRW fällt mehrheitlich schlecht aus.«

Diese Befunde decken sich mit denen der Online-Community, in welcher hauptsächlich die Bezahlung und Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals und der daraus resultierende Mangel an Pflegekräften kritisiert werden. Gleichzeitig wird anerkannt, dass die Krankenhäuser im Großen und Ganzen gut ausgestattet sind und das deutsche Gesundheitssystem den gleichberechtigten Zugang zu Behandlung und Versorgung für alle Bürger_innen – unabhängig von ihren jeweiligen finanziellen Möglichkeiten – ermöglicht.

**»Ohne Gesundheit ist auch Wohlstand irrelevant. Also sollte man die Menschen, die sich in den Dienst der Gesundheit stellen, auch entsprechend honorieren mit Lohn und Respekt. Unbedingt muss hier aufgestockt werden, damit die Pflegekräfte nicht an ihre physischen und psychischen Grenzen gelangen.«**

♀ 67 Jahre

**»Die Attraktivität der Pflegeberufe muss weiter gestärkt werden. Zudem braucht es Anreize, um die Beschäftigten verstärkt zu unterstützen. Beschäftigungspotenziale müssen gesichert werden.«**

♀ 27 Jahre

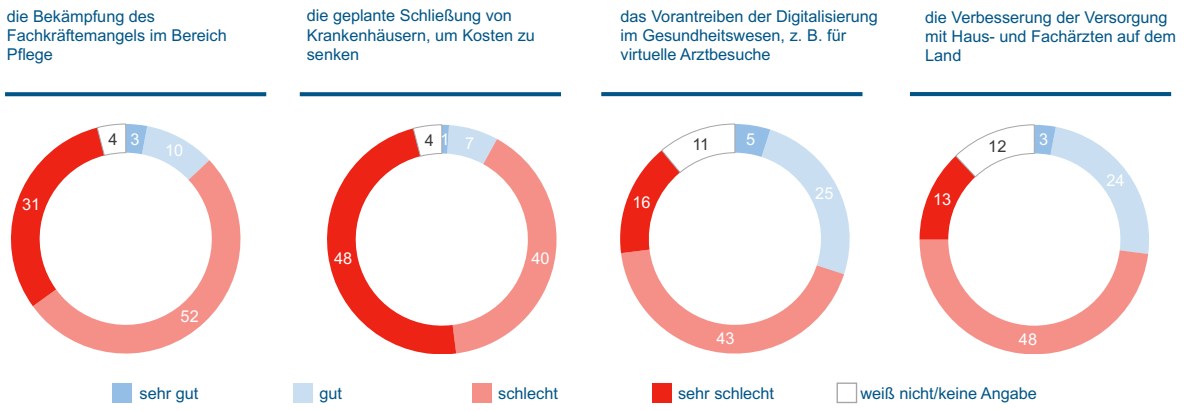
Wie in den bisher betrachteten Politikbereichen fällt auch die **Bewertung der politischen Bemühungen** im Bereich Gesundheit und Pflege **in NRW mehrheitlich schlecht** aus. Immerhin drei von zehn Befragten finden die Bestrebungen zur Digitalisierung im Gesundheitswesen gut oder sehr gut (30 Prozent). Die politische Arbeit zur Verbesserung der Versorgung mit Haus- und Fachärzt_innen auf dem Land honoriert gut ein Viertel der Bürger_innen (27 Prozent). Deutlich schlechter werden die Bestrebungen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in der Pflege gesehen, nur 13 Prozent sind hier zufrieden mit der Politik in NRW. Mögliche Schließungen von Krankenhäusern, um Kosten zu senken, werden in Pandemiezeiten besonders kritisch beurteilt (acht Prozent).

In der Bewertung der politischen Arbeit sind leichte Alterseffekte erkennbar: Die jüngste Kohorte von 18 bis 34 Jahren bewertet die Bestrebungen im Bereich Digitalisierung des Gesundheitswesens (38 Prozent) und der ärztlichen Versorgung auf dem Land (36 Prozent) überdurchschnittlich positiv, während sich die älteste Kohorte pessimistischer äußert (29 Prozent bei Digitalisierung und 24 Prozent bei Versorgung auf dem Land). Darüber hinaus wird die politische Arbeit zur Verbesserung der ärztlichen Versorgung auf dem Land bei Befragten im ländlichen Raum – wo dies überdurchschnittlich wichtig ist – auch etwas häufiger positiv bewertet (31 Prozent) als in Ballungszentren (20 Prozent).

**ABB 17**
**Bewertung der politischen Umsetzung im Bereich Gesundheit und Pflege**

**Frage 13**

Wie bewerten Sie die derzeitigen politischen Bemühungen in NRW in Bezug auf die folgenden Aspekte?




© Kantar Public 2022

Angaben in Prozent
Basis: Wahlberechtigte Bevölkerung in NRW ab 18 Jahren

Die **Alternativpaare** mit konkreten politischen Vorhaben im Bereich **Gesundheit und Pflege** zeigen eine deutliche **Kritik** der Wahlberechtigten in NRW an der **Kapitalisierung des Gesundheitswesens**. Die Einschätzungen stehen dabei sicherlich auch im Zusammenhang mit der vierten Welle der Covid-Pandemie. So stimmen derzeit mehr als vier Fünftel der Aussage zu, im Gesundheitssystem sollte nicht Gewinnmaximierung im Mittelpunkt stehen, sondern die Behandlung der Patient_innen (83 Prozent). Nur 15 Prozent betonen, das Gesundheitswesen müsse sich an wirtschaftlichen Prinzipien orientieren, damit die Krankenkassenbeiträge bezahlbar blieben. Diese Verteilung ist über sämtliche Subgruppen sehr stabil, es zeigen sich kaum signifikante Unterschiede, weder soziodemografisch noch regional.

Angesichts der Erfahrungen während der Coronakrise sehen ebenfalls vier Fünftel der Befragten einen Bedarf an **mehr Krankenhauspersonal** und weniger an neuer Technik (81 Prozent). Umgekehrt – also Investitionen in neue Technik, insbesondere in die Telemedizin zur Ferndiagnose und -behandlung – stimmen nur wenige Befragte zu (16 Prozent). Männer sind dabei etwas technikaffiner (22 vs. elf Prozent Frauen). Frauen hingegen sprechen sich noch deutlicher für mehr Personal im Gesundheitswesen aus (86 vs. 75 Prozent Männer). Ähnliche Unterschiede zeigen sich auch entlang der Altersgruppen. Während sich 18- bis 34-Jährige vergleichsweise häufig eine stärkere Digitalisierung im Gesundheitswesen wünschen (23 Prozent), stimmen dem über 64-Jährige seltener zu (elf Prozent). Hinsichtlich des Personals verläuft die Bewertung in diesen Altersgruppen genau umgekehrt.

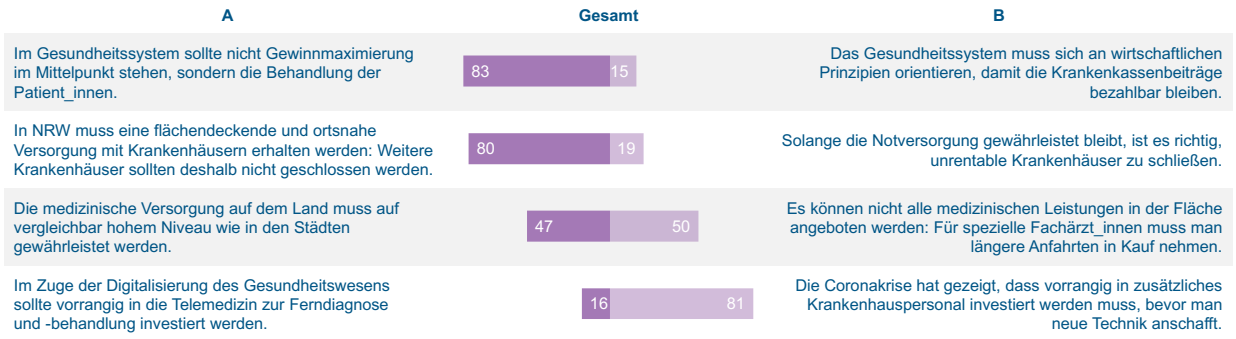
In diesen Kontext passt auch die Forderung von vier Fünfteln, es müsse eine **ortsnahe Versorgung mit Krankenhäusern** erhalten bleiben (80 Prozent). Lediglich etwa ein Fünftel ist der Meinung, unrentable Krankenhäuser könnten geschlossen werden, solange die Notversorgung gewährleistet bliebe (19 Prozent). In dieser Beurteilung zeigen sich keine relevanten Differenzen in den Subgruppen.

**»Deutliche Kritik der Wahlberechtigten in NRW an der Kapitalisierung des Gesundheitswesens.«**

**ABB 18**
**Programmatische Politikausrichtung im Bereich Gesundheit und Pflege**

**Frage 14**

Im Folgenden finden Sie jeweils zwei unterschiedliche Ansichten zur Politik.
Welcher der beiden Ansichten stimmen Sie eher zu?




Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht/keine Angabe
Basis: Wahlberechtigte Bevölkerung in NRW ab 18 Jahren

© Kantar Public 2022

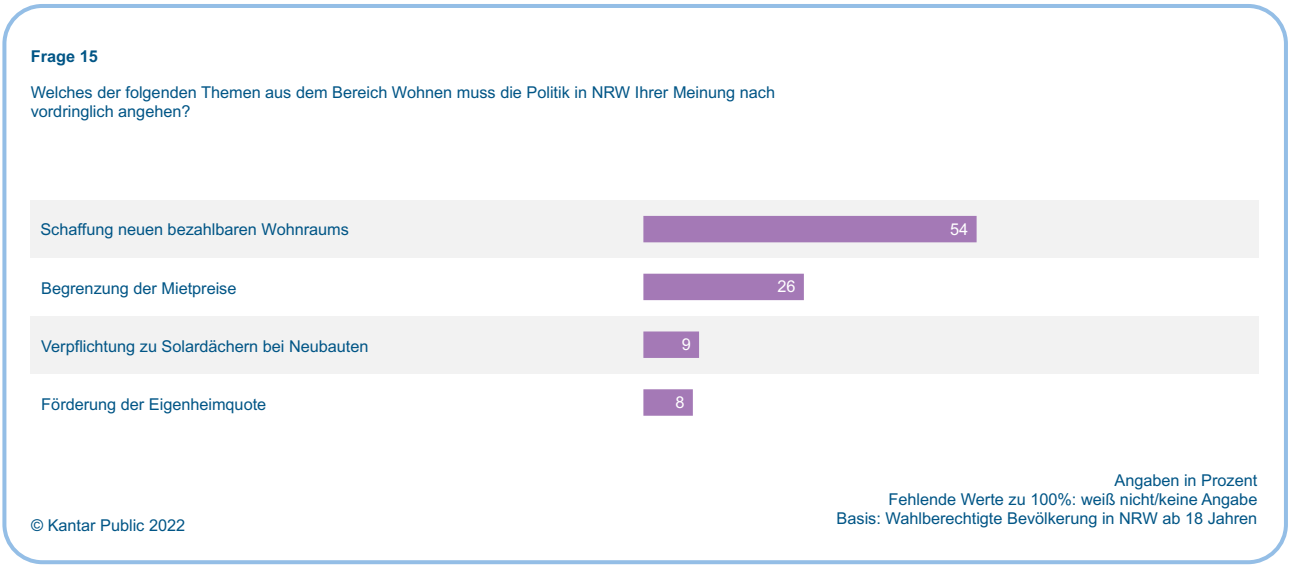
Obwohl eine große Mehrheit für den Erhalt der ortsnahen Versorgung mit Krankenhäusern ist, wird die **allgemeine medizinische Versorgung auf dem Land** differenzierter betrachtet: Etwa die Hälfte der Bürger_innen in NRW ist der Meinung, die medizinische Versorgung auf dem Land müsse auf vergleichbar hohem Niveau wie in den Städten gewährleistet werden (47 Prozent). Die andere Hälfte der Befragten findet, nicht alle medizinischen Leistungen könnten in der Fläche angeboten werden, für spezielle Fachärzt_innen müsse man längere Anfahrten in Kauf nehmen (50 Prozent). Männer sind eher bereit, längere Wege in Kauf zu nehmen (56 Prozent), als Frauen (44 Prozent). Dies trifft auch für ältere Befragte ab 65 Jahren zu (60 Prozent), wohingegen Jüngere bis 34 Jahren seltener zustimmen (41 Prozent). Die Bereitschaft, für spezielle medizinische Leistungen weitere Strecken in Kauf zu nehmen, steigt mit formaler Bildung (niedrig Gebildete 42 Prozent vs. hoch Gebildete 59 Prozent). Erstaunlich wenig Differenzen gibt es zwischen Befragten auf dem Land und Befragten in Großstädten und Ballungszentren.

Vergleichbare Einstellungsmuster zeigen sich auch in der Online-Community: Neben dem Bedarf nach einer guten regionalen und personellen Versorgung werden auch hier die Digitalisierung des Gesundheitswesens sowie eine mögliche Teilimpfpflicht diskutiert. Finanzielle und Datenschutzaspekte werden dabei mit Blick auf den Gesundheitsbereich eher als zweitrangig beschrieben.

## 5.4. Wohnen

Im Bereich **Wohnen** ist eine Mehrheit der Befragten (54 Prozent) der Meinung, die Politik sollte vordringlich die Schaffung neuen bezahlbaren Wohnraumes angehen. Jede_r vierte Befragte (26 Prozent) priorisiert hingegen die Begrenzung der Mietpreise. Die Verpflichtung zu Solardächern auf Neubauten (neun Prozent) und die Förderung der Eigenheimquote (acht Prozent) werden im Vergleich dazu nur von wenigen Befragten als wichtigstes Thema angesehen. Für die Schaffung bezahlbaren Wohnraums und die Begrenzung der Mietpreise sind gegensätzliche Alterseffekte erkennbar.

**ABB 19**
**Priorisierung politischer Maßnahmen im Bereich Wohnen**




Während unter den jüngsten Befragten nur knapp jede_r Zweite (47 Prozent) die Schaffung neuen Wohnraums priorisiert, sind es in der ältesten Gruppe der Befragten gut sechs von zehn (61 Prozent). Dieser Unterschied kann jedoch nicht durch Einkommensunterschiede erklärt werden. Die Begrenzung der Mietpreise wird dagegen von der jüngsten Altersgruppe häufiger priorisiert (30 Prozent) als von der ältesten Kohorte (19 Prozent). Darüber hinaus besteht hier ein Zusammenhang mit dem Einkommen: Mit 38 Prozent sprechen sich fast doppelt so viele Befragte der einkommensschwächsten Gruppe für die Begrenzung der Mietpreise aus wie in der einkommensstärksten Gruppe (21 Prozent).

Auch die persönliche Betroffenheit wirkt sich aus: Während nur knapp jede_r sechste Eigenheimbesitzer_in (17 Prozent) für eine Begrenzung der Mietpreise stimmt, tritt unter den zur Miete Wohnenden mehr als jede_r Dritte (35 Prozent) dafür ein. Etwaige Stadt-Land-Differenzen sind nicht erkennbar.

Die Förderung der Eigenheimquote erscheint insbesondere denjenigen wichtiger, die es sich tendenziell auch leisten können. So sehen nur zwei Prozent der Befragten mit einem Haushaltsnettoeinkommen unter 1.500 Euro die Förderung der Eigenheimquote als wichtigste politische Aufgabe an, während es in der höchsten Einkommensgruppe (über 3.500 Euro Haushaltsnettoeinkommen) immerhin zwölf Prozent sind. Ein ähnlicher Einkommenseffekt zeigt sich für die Verpflichtung zu Solardächern bei Neubauten.

Ähnliche Befunde ergeben sich auch in der Online-Community. Auch hier werden zu hohe Mietpreise und ein allgemeiner Mangel an bezahlbarem Wohnraum, insbesondere für Familien, beklagt. Dementsprechend wird der Wunsch nach der Regulation beziehungsweise Senkung der Mietpreise, dem Neubau von Sozialwohnungen, insbesondere in strukturstarken Gebieten, sowie die Förderung der Eigenheimquote laut.

**»Sozialer Wohnraum muss geschaffen werden. Familien müssen zu bezahlbaren Preisen wohnen können und dies nicht weit außerhalb von Ballungsgebieten.«**

♂ 35 Jahre

**»Ein Angebot oder eine Möglichkeit schaffen, um Familien mit Kindern zu unterstützen, jedem Kind ab Schulalter ein eigenes Zimmer bieten zu können.«**

♀ 40 Jahre

**»Sozialer Wohnungsbau ist zentral. Meistens werden Wohnungen errichtet, die nicht zentral und nur weit außerhalb liegen oder in sozialen Brennpunkten.«**

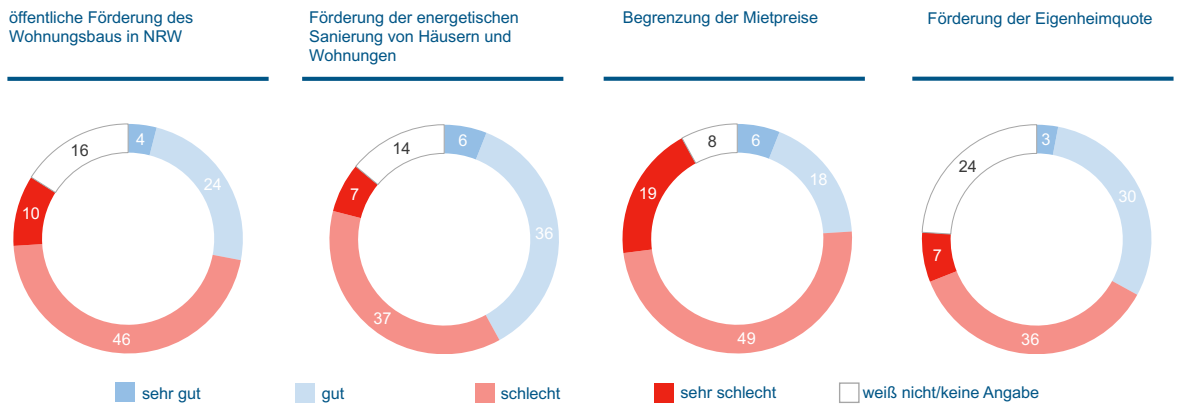
♂ 35 Jahre

In der **Bewertung** der **politischen Bemühungen** stellen die Menschen in NRW der Regierung das beste Zeugnis in Bezug auf die Förderung der energetischen Sanierung von Häusern und Wohnungen aus. Gut vier von zehn Befragten (42 Prozent) bewerten diese Bemühungen als gut oder sehr gut. Bezüglich der Förderung der Eigenheimquote befindet ein Drittel der Befragten (33 Prozent ) die Bemühungen der Politik als positiv. Jede_r dritte Befragte (29 Prozent) beurteilt die öffentliche Förderung des Wohnungsbaus in NRW als positiv. Am wenigsten zufrieden sind die Menschen in NRW mit den politischen Bemühungen zur Begrenzung der Mietpreise. Weniger als ein Viertel der Befragten (24 Prozent) kommen diesbezüglich zu einem guten oder sehr guten Urteil. Gleichzeitig ist festzuhalten, dass sich ein beachtlicher Teil der Befragten keine Antwort zutraut: Die „Weiß nicht"-Anteile liegen zwischen acht Prozent bei der Begrenzung der Mietpreise und 24 Prozent bei der Förderung der Eigenheimquote. Die Detailanalyse zeigt, dass die Förderung der Eigenheimquote von den jüngsten Befragten kritischer gesehen wird (25 Prozent gut/sehr gut) als von den ältesten Befragten (37 Prozent gut/sehr gut). Darüber hinaus zeigen sich nur wenig signifikante Unterschiede zwischen den Teilgruppen und Regionen.

**ABB 20**
**Bewertung der politischen Umsetzung**

**Frage 16**

Wie bewerten Sie die derzeitigen politischen Bemühungen in NRW in Bezug auf die folgenden Aspekte?




Angaben in Prozent
Basis: Wahlberechtigte Bevölkerung in NRW ab 18 Jahren

© Kantar Public 2022

# »In Bezug auf den Wohnungsmarkt zeigt sich der Wunsch nach einem proaktiv handelnden Staat.«

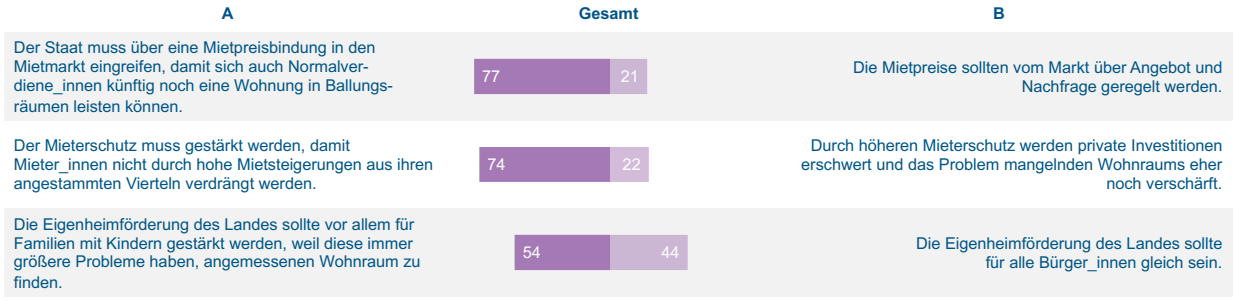
Im Rahmen der **alternativen Abfrage programmatischer Politikausrichtung** zeigt sich – ähnlich wie im Bereich Wirtschaft und Arbeit – auch in Bezug auf den **Wohnungsmarkt** der Wunsch nach einem **proaktiv handelnden Staat**. So stimmen gut drei Viertel der Befragten einer **Mietpreisbindung** zu, über die der Staat in den Mietmarkt eingreifen soll (77 Prozent). Etwa ein Fünftel ist dagegen der Meinung, die Mietpreise sollten am Markt über Angebot und Nachfrage geregelt werden (21 Prozent). Unter den Arbeiter_innen stimmen gut fünf von sechs Befragten (84 Prozent) für eine aktive Rolle des Staates, wohingegen nur gut jede_r zweite Selbstständige (53 Prozent) einen solchen staatlichen Eingriff befürwortet.

Auch das Haushaltseinkommen, die aktuelle Wohnsituation, Bildung und Geschlecht spielen eine Rolle: Innerhalb der einkommensschwachen Gruppe stimmen mit 85 Prozent deutlich mehr Befragte für eine staatliche Regulierung der Mietpreise als in der einkommensstärksten Gruppe (69 Prozent). Ebenso sprechen sich – wenig überraschend – mehr Mieter_innen (85 Prozent) als Eigenheimbesitzer_innen (69 Prozent) für regulierende Eingriffe in den Mietmarkt aus. Frauen (84 Prozent) sind eher für eine Mietpreisbindung als Männer (69 Prozent).

**ABB 21**
**Programmatische Politikausrichtung**

**Frage 17**

Im Folgenden finden Sie jeweils zwei unterschiedliche Ansichten zur Politik.
Welcher der beiden Ansichten stimmen Sie eher zu?




Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100%: weiß nicht/keine Angabe
Basis: Wahlberechtigte Bevölkerung in NRW ab 18 Jahren

© Kantar Public 2022

Eine deutliche Mehrheit der Befragten (74 Prozent) befürwortet, den **Mieterschutz zu stärken**, um Mieter_innen nicht durch Mietsteigerungen aus ihren angestammten Vierteln zu verdrängen. Etwa jede_r Fünfte (22 Prozent) ist hingegen der Meinung, eine solche Intervention verschärfe nur das Problem des mangelnden Wohnraums durch das Erschweren privater Investitionen. In ähnlicher Weise wie bei der Mietpreisbindung sind auch diesbezüglich Effekte der Wohnsituation und des Haushaltseinkommens feststellbar. Eigenheimbesitzer_innen sprechen sich nur zu zwei Dritteln (66 Prozent) für mehr Mieterschutz aus, wohingegen sich 82 Prozent der zur Miete Wohnenden dies wünschen. Dieser Unterschied korreliert natürlich mit dem Einkommen: Entsprechend spricht sich die einkommensschwächste Gruppe häufiger für die Stärkung des Mieterschutzes aus (79 Prozent) als Personen, die der einkommensstärksten Gruppe angehören (69 Prozent).

In der Frage, ob die **Eigenheimförderung des Landes** vor allem für Familien mit Kindern gestärkt oder für alle Bürger_innen gleich sein sollte, ist das Stimmungsbild vergleichsweise ambivalent. Gut die Hälfte (54 Prozent) stimmt für eine Stärkung der Förderung für Familien, wohingegen sich knapp die Hälfte (44 Prozent) für eine gleiche Förderung für alle ausspricht. Besondere Differenzen gibt es hier innerhalb der Altersgruppen: Nur 41 Prozent der 18- bis 34-Jährigen spricht sich für eine familienfreundlichere Förderung aus, dieser Wert steigt jedoch kontinuierlich mit zunehmendem Alter (bis 64 Prozent der über 64-Jährigen). Menschen, die von dieser Frage direkt betroffen sind, nämlich Befragte mit Kindern im Haushalt, stimmen hier häufiger zu (67 Prozent) als Menschen ohne Kinder im Haushalt (51 Prozent).

**»Eine deutliche Mehrheit der Befragten (74 Prozent) befürwortet, den Mieterschutz zu stärken, um Mieter_innen nicht durch Mietsteigerungen aus ihren angestammten Vierteln zu verdrängen.«**

## 5.5. Umwelt und Klima

Die Teilnehmenden der Online-Community sind sich einig, dass der Umwelt- und Klimaschutz ein äußerst wichtiges Thema darstellt, das jedoch zu langsam angegangen wird. Sie kritisieren insbesondere die Verkehrspolitik in NRW und verweisen exemplarisch auf die Vielzahl an Staus und Baustellen sowie den nur schleppenden Fortschritt beim Ausbau von Radwegen. Eine spürbar positivere Bewertung erfährt dagegen der fortlaufende Wandel weg von Kohle- und Atomstrom hin zur Windenergie sowie das gestiegene Bewusstsein für die heimischen Wälder.

Konkret fordern die Teilnehmenden eine weitere Reduktion des $CO_2$-Ausstoßes, den Erhalt und Schutz von Wäldern und Meeren, eine Reduktion des Fleischkonsums, die Nutzung umweltfreundlicherer Verpackungen sowie eine klimafreundlichere Verkehrs- und Energiepolitik in NRW.

**»Die Baustellen, die in den vergangenen Jahren alle liegen gelassen wurden, zeigen sich jetzt in voller Härte: marode Brücken/Autobahnen, dem massiven Verkehrsaufkommen nicht gewachsen, schlechte Straßen, erneuerbare Energieträger nicht ausreichend vorhanden, öffentlicher Nahverkehr, Zugverkehr nicht den Bedürfnissen angepasst, Energiekosten, Wahrung der Ressourcen, Umgang mit Lebensmitteln. […]**

**Da würde ich mir mehr Tempo und Transparenz wünschen. Die Pandemie hat uns sicher ausgebremst, hätte aber gerade hier nicht zu einer Bremse kommen müssen.«**

♀ **65 Jahre**

**»Wenn wir weiter so halbherzig handeln, dann ist unser Planet nachhaltig ruiniert.«**

♂ **37 Jahre**

Die Teilnehmenden der Online-Community wurden zudem gebeten, für verschiedene alltägliche Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz zu kennzeichnen, inwiefern sie diese Maßnahmen bereits selbst durchführen oder für sinnvoll halten und vorhaben, in Zukunft umzusetzen, oder ob sie diese generell für nicht sinnvoll erachten.

So gut wie Konsens ist dabei: Man leistet bereits einen persönlichen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz, indem man den Müll trennt, öfter auf das Auto verzichtet zugunsten der Nutzung des Fahrrads oder ÖPNVs, Strom und Wasser spart sowie Plastik vermeidet. Maßnahmen, die stärker in die persönlichen Lebensgewohnheiten eingreifen, wie z. B. weniger Fleisch zu essen oder weniger zu fliegen, spalten hingegen die Teilnehmenden. Ein über die Änderung des eigenen Konsumverhaltens hinausgehendes, aktives politisches Engagement für Windräder oder den Klimaschutz allgemein findet wenig Unterstützung. Umgesetzt werden also insbesondere die Dinge, die habitualisiert und einfach umzusetzen bzw. zugleich mit positiven finanziellen Implikationen verbunden sind.

**»Müll trennen“ als Tag in 2022? […] Licht aus, Heizung aus, wo man gerade nicht ist, Fahrten zusammenlegen – muss einem das noch einer sagen?«**

♂ 52 Jahre

**»Auf das Auto verzichten. Ich habe mein Auto verkauft und nutze Carsharing, wenn es notwendig ist. Carsharing sollte subventioniert werden und die Innenstädte autofrei gestaltet werden.«**

♂ 37 Jahre

**»Z. B. das Haus mit Photovoltaik ausstatten, da mangelt es am Geld. Wenn man Rentnerin ist, kann man einiges nicht mehr so leicht umsetzen.«**

♀ 65 Jahre

**»Umgesetzt – als Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz – werden also insbesondere die Dinge, die habitualisiert und einfach umzusetzen bzw. zugleich mit positiven finanziellen Implikationen verbunden sind.«**

# Anhang

## Untersuchungsanlage quantitative Teilstudie

| | |
|---|---|
| **Grundgesamtheit** | Wahlberechtigte Bevölkerung ab 18 Jahren in NRW |
| **Erhebungsverfahren** | Mixed-Mode-Befragung (CATI/CAWI) |
| **Stichprobenanlage** | CATI: repräsentative Zufallsstichprobe |
| **CAWI** | Quotenstichprobe aus Access-Panel |
| **Erhebungszeitraum** | 15.–26.11.2021 |
| **Fallzahl** | 2.027 Interviews |
| **Gewichtung** | Designgewichtung und faktorielle Gewichtung nach soziodemografischen und regionalen Merkmalen |

**Ihre Ansprechpartner_innen**

**Christoph Döbele**
christoph.doebele@kantar.com

**Xenia Zerweck**
xenia.zerweck@kantar.com

**Christoph Döbele**
arbeitet als Senior Consultant in der Politikforschung bei Kantar Public. Auf Grundlage quantitativer und qualitativer Forschung berät er Kund_innen aus Politik, Gesellschaft und Medien zu relevanten politischen und gesellschaftlichen Fragen. Er studierte Politik- und Wirtschaftswissenschaften sowie Empirische Demokratieforschung in Mainz und Istanbul.

**Xenia Zerweck**
arbeitet als Specialist im Bereich Politikforschung für Kantar Public in Berlin und erstellt in dieser Rolle qualitative und quantitative Studien für Kund_innen des öffentlichen Sektors. Sie studierte Psychologie an der Eberhard-Karls Universität Tübingen.

# Untersuchungsanlage qualitative Teilstudie

## Methodenübersicht

### Online-Community

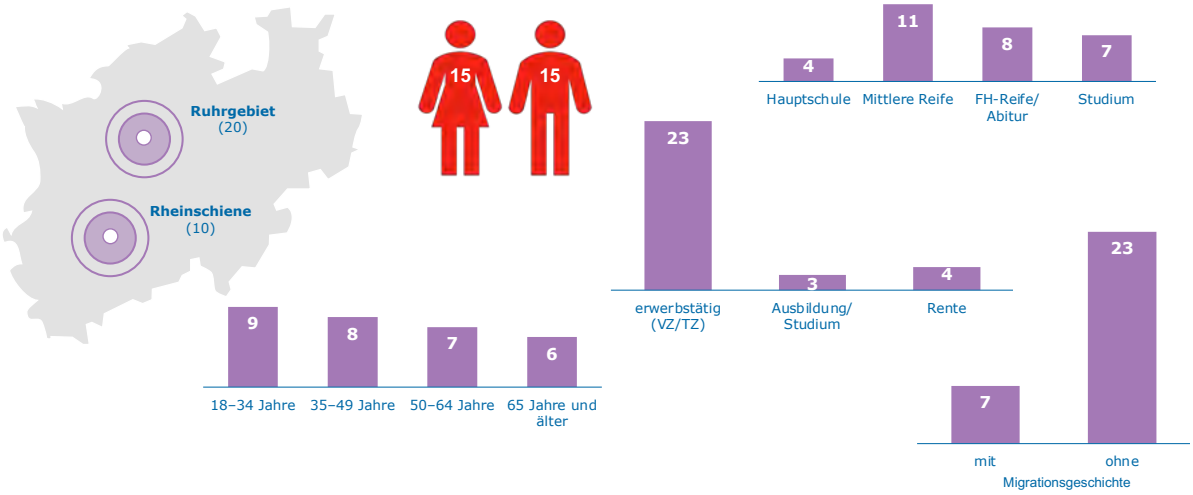
**Laufzeit**: 14. – 16.2.2022 mit ca. 45 Minuten pro Tag

**Zielgruppe**: wahlberechtigte Personen in NRW ab 18 Jahren/quotiert nach Alter, Geschlecht, Bildung, Region

**Engagement**: 30 Einladungen → 30 Registrierungen → 29 komplette Teilnahmen

## Methodenübersicht

### Teilnehmendenstruktur



66

## Impressum

ISBN 978-3-98628-196-0

**Herausgeberin**
Friedrich-Ebert-Stiftung
Landesbüro Nordrhein-Westfalen
Godesberger Allee 149
53175 Bonn

**Verantwortlich**
Petra Wilke

**Gestaltung**
Designbüro Petra Bähner, Köln

**Lektorat**
Sönke Hallmann, Berlin

**Druck**
Druckerei Brandt, Bonn

**Titel**
Illustration unter Verwendung eines iStock-Motivs

**Motive**
https://unsplash.com/

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

© Friedrich-Ebert-Stiftung Nordrhein-Westfalen

Juni 2022

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
Landesbüro NRW